



Wochenchrift für den gesamten Osten

Mitbegründer: Dr. Franz Lüdtké. Verlag Bund Deutscher Osten e. V., Berlin W 30.

Erscheint wöchentl. einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährlich 1 50 Mk. Einzelnummer 20 Pf. und 5 Pf. Postgebühr. Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der 4gepaltenen Zeile 45 Pf.

Nr. 45.

Berlin, 9. November 1934.

15. Jahrg.

Inhalt: S. 209: Polen und die Tschechoslowakei. — S. 230: Bemerkungen zur polnischen Befreiungsgeschichte. — S. 281: Unhaltbare Zustände im Krimgebiet. — S. 323: Der Wahlkampf in Danzig. — S. 333: Der Ausgang seiner Verhandlungen. — Ansturm bei Weizsäcker. — S. 334: 200 000 Ausgewanderte in Berlin. — Zahl seiner Einflüsse nach Polen. — S. 335: Die Krise in Polen. — Orléans-Expedition. — S. 338: Pant will diktieren. — Die Latschauer Kampfschrift in Ost. — Der Kominternationsvertrag. — S. 339: Das österrussische Volkstisch. — S. 340: Der deutsch-polnische Streitfragenrecht. — Rückert.

Polen und die Tschechoslowakei.

Wenn zwischen den Polen und Tschechen eine Spannung besteht, die bald Schroffer hervortritt, bald durch taktische Ermüdigungen abgedehnt wird, so hat das seine tiefere Gründe. Der Grenzzeit, der im Jahre 1920 beinahe zu einer militärischen Auseinandersetzung zwischen den „slawischen Brüdern“ geführt hätte, und die Minderheitenfrage, die sowohl im Csehener Schicksal wie in Karpatenrückenland mancherlei Konfliktsstoffe birgt, sind nur als äußere Erscheinungen eines tiefer liegenden Gegenfates zu merken. Dieser Gegenfate liegt in dem geschichtlichen Verborgenen der beiden Nationen ebenfalls begründet wie in der gegenwärtigen Stellung, die ihre Staaten im Kreislauf der europäischen Mächte einnehmen. Polen hat als Staat wie als Volk eine Geschichte gehabt. Es ist schon vor Jahrhunderten einmal eine Großmacht gewesen, deren Herrscher es unternommen konnten, nach der politischen Führung in den Westseiten des osteuropäischen Raumes zu streben. Es hat sich, so kärglich auch der Staat im Zeitalter des Absolutismus zugrunde ging, einen Staatsgedanken geschaffen, der stark und lebendig genug war, um im Bewußtsein des Volkes die Zeiten der Staatenlosigkeit zu überdauern. Der Staatsgedanke des tschechischen Volkes aber geht auf eine — Urkunde zurück, die sich als Föhlung herausgestellt hat. Das geschichtliche Denken des tschechischen Volkes kammernt sich an nichts anderes als an einen Rechtsbegriff ohne Inhalt und an die Gestalt eines Mannes, dessen Wakenennertum überdunkelt wurde von einem blindwütenden Haß. Solche Unterschiede in den Grundlagen des historischen Denkens prägen sich als gefaltete oder niederliegende Kräfte tiefer in die Volksseele ein, als es die Geschichtswissenschaft eines benachbarten Zeitalters einsehen vermochte.

Polen ist ein Staat und ein Volk, das in seinen Zielen ausgereifter, vielseitiger und selbständiger sein konnte als tschechische Staat und das tschechische Volk, die beide auf der Fiktion von der natürlichen Einheit mit dem Slowakentum aufgebaut sind. Erinnert man sich an die Geschichte der Staatenwerdung beider Nationen während des letzten und in den beiden ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts, so wird man manche verwandte Züge in der Ideologie der um die Eigenstaatlichkeit kämpfenden Gruppen feststellen können. In beiden Völkern ist das westlich-demokratische Denken in eine feste, harte und immer konsequenter deutschfeindliche Form geprägt worden. In beiden Völkern haben sich die Vorbeder dieser Doktrin in der tschechischen Ausrichtung ihres politischen Denkens nach dem Übermaß der französischen Revolution nicht keine politische Gemeinschaft im Handeln herbeizurufen können; und überdies ist die westlich-demokratische Denkart hier und dort in sehr verschiedener Stärke durchgehend und fortgesetzt worden. Bei den Tschechen hat sie durch die „Demokratie“ Ch. S. Masaryks ihre „philosophische Weisheit“ erhalten. Bei den Polen ist sie in der Hauptsache eine taktische Gewohnheit geblieben, die sich in ihren Abhängigen allerdings so nachhaltig festgesetzt hat, daß diese nicht mehr von ihr loskommen können.

Der westliche Unterschied zwischen dem politischen Denken der Polen und dem der Tschechen aber liegt darin, daß neben dieser westlicheren eine andere Entwicklungslinie einberging, die bei den Tschechen allmählich im Sande verfiel, sich bei den Polen aber als staatschaffende und -erhaltende Kraft durchgesetzt hat. Der westlichen trat bei beiden Völkern eine „östliche Orientierung“ entgegen. Bei den Tschechen war diese Orientierung durch die Aufnahme altslawischer Ideen charakterisiert. Prop ist seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts neben Moskau das Hauptzentrum

des romantischen und des kämpferlichen Panславismus gewesen. Bei den Polen haben die altslawischen Ideen niemals in demselben Ausmaß Fuß fassen können. Bei ihnen hat die Tradition des jahrhundertelangen Kampfes um die „historischen Ostmarken“ des altpolnischen Reiches die slawische Verbrüderungsidee daran gebindert, ein politisch bestimmender Faktor zu werden. Und selbst die Kreise in Polen, die mit dieser Idee sympathisierten, haben das kaum jemals aus innerer Überzeugung, als sie vielmehr deshalb getan, weil sie darin eine taktische Notwendigkeit glauben sehen zu müssen. Es ist bezeichnend, daß die tschechischen Panславisten als „Vertreter der „slawischen Orientierung“ gegen die politisierten Vertreter der westlichen Demokratie, alle die Kreise um Bensch und Malarsky fanden, während die panславistischen Ideen in Polen gerade in den typisch westlich-demokratischen Kreisen um Demowicki ihre „Bestimmter“ fanden. Bei den Tschechen war der altslawische Gedanke der wesentliche Inhalt der „Ostorientierung“, bei den Polen ist er nur eine Variation im Programm der westlich orientierten Politiker gewesen. Als mit dem Untergang des Zarenreiches der Panславismus seine Grundlage verlor, schied für den tschechischen Staat auch die Möglichkeit einer „Ostorientierung“ aus. Nationaldemokratische Sektierer war, der Panславismus nur des Weimarer Nationaldemokratischen Sektierer war, wurde die „Ostorientierung“ gerade durch den Zusammenbruch des alten Rußlands zum Siege geführt.

In Prag mußte Kramarz, ein Gegner der Malarskyschen „Demokratie“, in den Hintergrund treten. Auf polnischer Seite aber konnte zur selben Zeit Pilsudski, ebenfalls als Gegner der westlichen Orientierung, seinen politischen Vormarsch beginnen. Für die Verwirklichung von Gedanken und Absichten, wie Pilsudski sie in Polen verfolgte, ist in der Tschechei weder die praktische Möglichkeit noch die psychologische Voraussetzung gegeben. Die Tschechen sind als ausgeproben westliche Demokraten zum Staatsvolk geworden. Bei den Polen hat sich diese Orientierung, wenn man sie auch aus der Geschichte der polnischen Staatswerdung nicht wegdenken und negabilisieren kann, lediglich als eine Ideologischer und taktischer Hilfsstellung erwiesen, während die eigentliche Macht staatsbildendem Willens bei den Tschechen lag, die schon in der Zeit des Kampfes um die äußere Freiheit in einem unversöhnlichen Gegensatz zu eben dieser Freiheit, weltlicheren Einstellung standen. Es ist kein Zufall, daß Bensch, einer der Männer westlich-demokratischer Herkunft, denen der tschechische Staat sein Dasein verdankt, noch heute in Prag das Außenministerium leitet und als der einzige mögliche Nachfolger Malarskys, „des Schöpfers der tschechischen Demokratie“, gilt, während Demowicki, der führende Geist der polnischen Nationaldemokraten, in der kurzen Zeit, die er das Warschauer Außenamt zu führen verlor, in recht unüblicher Weise verstarb hat. Die Weltströmung, die Demowicki in Polen verkörpert, hat als Trägerin einer politischen Außenpolitik im wesentlichen Schiffbruch erlitten, und sie ist auch in der Innenpolitik Polens in eine nur Zeit noch stark, auf die Dauer aber wohl kaum haltbare Defensivstellung zurückgedrängt worden. In der Tschechei ist diese Weltströmung noch heute in unverminderter Stärke sowohl innen- wie außenpolitisch die maßgebende und — nach tschechischer Auffassung — auch die allein mögliche Form. Masaryk und Pilsudski sind Männer, die kaum eine innere Beziehung zueinander besitzen, und Bensch und Weizsäcker nicht nur als Vertreter der Außenpolitik, ihrer Staatsidee, sondern auch als Träger politischer Weltansichtungen in einem wesentlichen Gegensatz zueinander.

Wirft man einen Blick auf die Sprachen- und Biskerkarte Europas, dann wird man verstehen, woher dieser Gegenstand kommt und wie er sich auswirken muß. Beide Staaten verdanken wohl dem Verfasser die Gestalt, in der sie heute bestehen, und beide Völker haben nach Möglichkeit auf Kosten des deutschen Volkes Nutzen aus der Bergung der europäischen Atmosphäre durch die Verfasser Denkart gezogen. Aber Polen hat die Möglichkeit, noch andere Wege zu gehen, als die, die ihm Frankreich diktiert. Die Etschnei jedoch ist ein Gebirg und Werk mit dem System, das in dem vorliegenden Vorwort aufgeführt wurde, verbunden. Polen ist heute formlos, es hat eine eigene Politik machen kann, und es hat in dem Kreis um Pilsudski die geistigen Voraussetzungen dazu, eine solche Politik zu betreiben. Die Etschnei ist weder das eine, noch hat sie das andere. Der Staat Pilsudski kann es sich leisten, nachdem er seine Beziehungen zu Deutschland „normalisiert“ hat, eine politische Aktivität im Baltikum oder im

Donaumund auf eigene Faust zu entfalten. Der Staat Majorsky leidet, obwohl seine Beziehungen zu Deutschland immer „normal“ gewesen sind, die Kraft seiner Faust von der Stärke des französischen Verbundes ab. Das Polen des Marzfalls ist eine Macht, die von sich weiß, daß sie auch neben einem starken Deutschland zu bestehen vermag. Die Etschnei des Philosophieprofessors ist eine Demokratie, die auf der Illusion von der Etschnei der deutschen Schätze aufgebaut ist. Das Polen leben 30 Millionen Menschen polnische Stammes, die es kaum nötig haben, die verlogene Kraft der 12 Millionen Nichtpolen zu fürchten. In der Etschnei sind unter den Mehrheit bildenden Fremdbildern die Deutschen trotz ihrer Rechtslosigkeit das wirtschaftliche und kulturelle Rückgrat des Staates. Polen hat eine Zukunft. Bei der Etschnei ist es das durchaus noch nicht sicher. Dr. Krelb.

Bemerkungen zur polnischen Verfassungsgeschichte.

Seit Juli d. J. erscheint die ehemalige „Zeitschrift für Ostrecht“ unter neuer Redaktion und mit neuen Mitarbeitern als „Zeitschrift für europäisches Recht“. Von dem großen wissenschaftlichen Zeitschriften, die sich mit Ostfragen befassen, hat es bis dieser am längsten gedauert, bis sie sich den neuen politischen Verhältnissen angepaßt hatte. Zu den Neuerungen die in dieser Zeitschrift als Folge der deutsch-polnischen Annäherung eingeführt worden sind, gehört es auch, daß darin polnische Wissenschaftler zu Wort kommen. So sind in der Zeitschrift „Ostrecht“ Prof. Sielinski und Prof. Lipinski als Mitarbeiter vertreten. Es ist zu begrüßen, wenn polnische Gelehrte Gelegenheit haben, ihre wissenschaftlichen Erkenntnisse und Ansichten einem deutschen Leserkreis zu unterbreiten; und es ist zu wünschen, daß hierbei der wissenschaftliche Rahmen nicht zugunsten der polnischen Propaganda gelassen wird.

Da der „Zeitschrift für europäisches Recht“ (Heft 1) ist eine Arbeit von E. Gismant E. Gismant in der Vorwort enthalten, die der Entwicklung der polnischen Verfassung behandelt. Es ist interessant, in diesem Artikel den Weg des modernen verfassungsrechtlichen Denkens der Polen zu verfolgen: Die Verfassung vom 3. Mai 1791, die Staatsgrundgesetz der polnischen Republik, nämlich die Verordnung vom 22. November 1918, die provisorische oder sog. Kleine Verfassung vom 20. Februar 1919, die Verfassung vom 17. März 1921, die Verfassungsnovellen des Pilsudski-Regimes und schließlich die am 26. Januar 1934 angenommenen Verfassungstexten. Der deutsche Leser wird freilich erlaubt sein, in einem Aufsatz wie dem vorliegenden eine Reihe beliebiger Stellen der polnischen politischen Propaganda — denn es auch nur nebenbei angeordnet wiederzufinden. Schon die erste Zeile macht stutzig: Der Aufsatz beginnt mit den Worten: „Der polnische Nationalstaat“. Ein wenig Geschichtskennntnis und ein Blick in die Tabellen der polnischen Volkszählungen genügen, um zu erkennen, daß der „Nationalstaat Polen“ das politische Traumbild mancher Kreise, aber weder eine historische noch eine gegenwärtige Tatsache ist. Es ist nicht gut, eine Abhandlung mit einer Unwahrheit zu beginnen. Das kann den Leser nur mißtraulich machen.

Weiter: Eubichowski feiert die Verfassung von 3. Mai 1791 als polnischen Wertes als die erste geschriebene Verfassung in Europa, die nicht nur ein Gesetzbuch über die Verfassung des Staates und die Rechtsstellung seiner Angehörigen war, sondern auch ein auf tieferer juristischer Grundlage aufgebautes Regierungsprogramm, ein politischer Katechismus seiner Beamten und Bürger, ein Leitfadens des Verfassungs- und Verwaltungsrechtes, der staatlichen und bürgerlichen Ethik, der politischen und sittlichen Weisheit. Wir glauben nun nicht, daß es zu den wesentlichen Vorkäufen einer Verfassung gehört, daß sie geschrieben ist. Wichtiger ist es doch, nach dem bestimmten anerkannten Grundfide, die man ja unermüdbar, auch in der oder weniger feierlicher Weise schriftlich festlegen kann, das Handeln der Massen und die Struktur eines Staatswesens bestimmen. Es hat jedenfalls oft regierte Staaten ohne Verfassungsurkunde gegeben (man denke an England). Aber es lassen sich wohl mehr schlecht regierte Staaten mit einer solchen Urkunde nennen. Was nun die Verfassung von 1791 anlangt, so ist es in Polen zwar üblich, die Höhe der darin niedergelegten Grundfide und die Tiefe ihrer sittlichen „Wahrheiten“ zu rühmen. Aber man sollte dabei doch nicht übersehen, daß diese Verfassung niemals als Ergebnis der Verfassungsgeschichte in der Praxis des polnischen Lebens in der Weisungsnachweise zu erbringen. Wenn man — auf Grund zeitgenössischer Quellen — den jahrelangen unfruchtbaren Jank und den selbsttätig-händlichen Interessententritt um jeden einzelnen Satz der Mai-Verfassung bedenkt, dann kann man schwer glauben, daß die in ihr ausgesprochenen Ideale so leicht und so bald den Weg vom Papier in die Politik gefunden hätten. Vielmehr hat es gerade die Tatsache, daß Polen kurz, nachdem „es sich seine Verfassung gegeben“ hatte, als Staat von der europäischen Weltkarte verschwunden, erst ermöglicht, daß sich in der polnischen Öffentlichkeit ein förmlicher Ruf mit dieser als Gesetz niemals lebendig gewordenen Urkunde zu entwickeln vermochte.

In anderer Stelle spricht Eubichowski über die Wiederaufrichtung des polnischen Staates während des Krieges

und in der Zeit des deutschen Zusammenbruchs. Er sagt da u. a.: „Weder der Regenthschaftsrat, noch der Staatsrat (die beide als provisorische Einrichtungen von den Mittelmächten geschaffen worden waren) übten höchste Staatsgewalt aus; beide waren abhängig Organe von dem Gebiet, das die Zentralmächte nach der Veränderung der Kräfte besetzen wollten.“ Der Regenthschaftsrat löste sich auf, und Joseph Pilsudski begann seine Tätigkeit als Haupt eines Staates, der dank der Veränderung der Befehlsmächte seine Unabhängigkeit wiedererlangt hatte und demgemäß nach eigenem Willen sich einrichten konnte. Die Überweisung der Staatsgewalt an Pilsudski hatte nur politische, nicht aber rechtliche Bedeutung, da der Regenthschaftsrat als Inhaber delegierter Gewalt rechtlich nicht befangen war, seine Kompetenzen weiter zu übernehmen. . . . Die Staatsgewalt Pilsudski hatte ihre Quelle in dem Willen der polnischen Nation, die als Staatsrecht anerkannt. Die Unabhängigkeit Polens war nicht ein Werk der siegreichen Großmächte, sondern eine Schöpfung der polnischen Nation, die nach eigenem Willen sich staatlich organisierte. . . . Die verbundenen Mächte konnten durch ihren siegreichen Kampf höchstens die Voraussetzung für die Wiedergeburt Polens schaffen und seine Unabhängigkeit anerkennen, nicht aber ins Leben rufen, da die dem Staate zu Lebende höchste Gewalt nicht delegiert sein kann; delegierte Gewalt kann nicht höchste Gewalt sein.“

Hier werden offensichtlich politische und juristische Momente durch einander gemengt. Es wird der Versuch gemacht, politische Tatsachen über ein juristischer Veilnis zu setzen und zu erklären. Es scheint hier eine gewisse missverständliche nationale Empfindlichkeit mitzuspielen, wenn Eubichowski sich so sehr gegen die Annahme wehrt, daß Pilsudski formell die Staatsgewalt von einer Institution in Empfang genommen hat, die ihr Volsin der deutschen Initiative verdankt. Das Verdienst des Marzfalls um Polen wird durch juristische Konstruktionen weder kleiner noch größer. Wohl aber kann durch die die Bedeutung der von Deutschland mitten im Kriege getroffenen staatsorganisatorischen Maßnahmen herabgesetzt werden. Eubichowski möchte den Eindruck erwecken, als seien die staatsrechtlichen Vorgänge, die mit der Proklamation der verbündeten Monarchen vom 5. November 1916 besaamen und mit der Abdonkung des Regenthschaftsrates endeten, verfassungsgesichtlich ohne Belang. Und er lenkt, um diesen Eindruck heroorzurufen, die Aufmerksamkeit ausschließlich auf die juristische Streitfrage der delegierten Gewalt.

Wir sind in Deutschland nicht so naiv, uns auf die Proklamation vom 5. November 1916 allzuviel einbilden. Wir haben die Folgen, die erwartet wurden, aber nicht eintreten, und die anderen Folgen, die eintreten ohne erwartet zu werden kennen gelernt. Wir glauben auch nicht, aber er war es nicht, die Ursache des Hangens der polnischen Revolution darauf gibt, von dem anderen Dankbarkeit zu verlangen. Wir sind aber der Meinung, und es gibt Männer in Polen, die auch dieser Auffassung sind, daß die Gräber von mehreren hunderttausend deutschen Soldaten in polnischer Erde eine gewisse Verpflichtung hinsichtlich der Behandlung der deutsch-polnischen Beziehungen in der unauflöseligen Zeit des Krieges und des Abganges bedeuten. Die deutschen Soldaten sind nicht gefallen, um Polen zu befreien und einen polnischen Staat zu errichten. Das konnte kein Mensch von ihnen verlangen. Aber auf ihrem Eode beruht nichtabstoemenger die polnische Freiheit und der polnische Staat. In dieser Tatsache gemessen, was es höchst nebenfallsig kann, daß der dem Staate zu Lebende höchste Gewalt delegiert sein kann oder nicht.

Von der ersten Verfassung, d. h. der Verordnung vom 22. November 1918, durch die Pilsudski „als einseitiges Staatsoberhaupt die höchste repräsentative Gewalt der polnischen Republik“ übernahm, sagt Eubichowski, daß man „gestützt auf die Kermologie des Sozialismus und des Nationalsozialismus“, von ihr feststellen könne, daß sie „auf dem Zährprinzip aufgebaut“ war. Das trifft nicht zu. Tatsache ist nur, daß Pilsudski der Führer war, aber er war es als politischer Verantwortlicher, nicht als „Präsident“. Es hat dann die Folge der Verordnungen über den Staat, nicht in seiner Absicht gelegen, die Verfassung der polnischen Staates auf dem Zährprinzip aufzubauen. Er wollte „die höchste repräsentative Gewalt“ nur bis zum Zusammentritt des gesetzgebenden

Vandtages ausüben. Und auch die ganze mühselige Arbeit an der Verfassung in das reformierte, die politischen Regierungen seit dem Maiumlauf von 1920 betreiben, läßt nur die Absicht einer Befristung der parlamentarischen Parteimehrheiten, nicht aber die Absicht erkennen, eine Straß nach dem Führerprinzip ausgerichtete Verfassung zu schaffen. Der Marschall will parlamentarisch regieren; deshalb will er das Volk erst zu einem gefunden und von den Besten der Nation getragenen Parlamentarismus erziehen. Er ist auf der Suche nach einer neuen Form demokratischer Ordnung, daß diese Form noch nicht gefunden ist, zeigen die Verfassungsdebatten, die zwar am 26. Januar d. J. durch ein sechszehntägiges Überempfehlungsmandat der Regierungspartei im Senat zur Annahme gelangten, bisher aber wegen verschiedener Einwände des Marschalls noch nicht dem Senat zur Verfertigung vorgelegt worden sind.

Unhaltbare Zustände im Memelgebiet.

Der Beginn des Prozesses gegen eine große Anzahl von Mitgliedern der beiden aufgelösten memelländischen Parteien ist endgültig auf den 14. Dezember festgesetzt worden. Der Prozeß wird mit der Verlesung der 528 Druckseiten umfassenden Anklageschrift und der Verlesung der Beschlüsse der 186 Angeklagten beginnen. Dann werden die Beweisaufnahme und die eigentliche Verhandlung bis Mitte Januar vertagt. Vitoun wartet also den Ausgang der Saaraherimmung ab, in der Hoffnung, dann im Erlaßen sitzen zu können. Auf Grund der Anklageschrift werden 296 Belastungszeugen geladen. Auf Verlangen der Angeklagten werden mehrere 142 Zeugen an dem Prozeß teilnehmen. Zusammen mit den Sachverständigen und Dolmetschern werden insgesamt etwa 650 Personen an dem Prozeß beteiligt sein. Die Verhandlung findet im Justizministerium in Kaun vor dem Kriegsgericht statt. Zur den Prozeß hat der Hauptangeklagte Dr. Raumer u. a. auch den Stellvertreter des Führers, Rudolf Vogt, Reichsminister Dr. G. Oberals, den Oberpräsidenten Erich Koch und Prof. Oberländer als Entlastungszeugen benannt, die über das Verhältnis von Verbindungen zwischen der RSDAP und den ausführenden deutschen Parteien des Memelgebietes ausfragen sollten. Was litauische Kriegsgericht hat die Vernehmung dieser und auch noch einer ganzen Reihe anderer Entlastungszeugen abgelehnt, — „weil sie doch nur jugendliche der Angeklagten auslösen würden“.

Aus litauischen Kreisen des Memelgebietes verlautet, daß der Gouverneur die Absicht habe, in nächster Zeit den memelländischen Vandtag einzuberufen und die Neuordnung des Gouvernements Memel auch in litauischer Abgrenzung des Memelgebietes mitzuteilen. Man will das Mandat, das man mit der künstlich herbeigeführten Beschlußfähigkeit des Vandtages schon zweimal gemacht hat, aufheben und nicht mehrholen. Dem unmöglichen Reizugs soll jetzt auch, wie es heißt, von seinen eigenen Leuten das Mißtrauen ausgedrückt werden. Das soll zwar nicht geschehen, um einen Mann des Vertrauens der Bevölkerung zum Präsidenten zu ernennen, sondern um einen noch fanatischeren Litauer auf diesen Posten zu bringen. Es sind bereits verschiedene Namen genannt worden, und zwar der Name eines litauischen Schriftstellers und der des Schützenführers. Danach sieht es so aus, als ob man die Absicht hat, im Memelgebiet eine vollkommenere Militärdiktatur zu errichten.

Durch die bisherige „Regierungstätigkeit“ des illegalen Direktoriums Reizugs sind auch die litauischen Kreise im Memelgebiet sehr enttäuscht worden. Sie sind deshalb noch mehr als die Memelbewohner in Opposition gegen das jetzige Direktorium übergegangen und erklären, daß das Direktorium bisher nichts abgeliefert, dagegen das Memelgebiet ins Unglück geführt hat. Das Direktorium hat die Memelbewohner nicht erheitert, Beamte entlassen bzw. zahlreiche Verhaftungen vorgenommen, mehr als 100 000 Lit kollekt. Von seinen Versprechungen aber ist nicht eine erfüllt worden.

Die Denkschrift, die der bekannte englische Rechtsanwalt Sir Alexander Cawence vor einiger Zeit der Öffentlichkeit übergeben und in der er die Litauer des fortgesetzten Rechtsbruchs im Memelgebiet angeklagt hat, ist den Herren in Kaun besonders peinlich gewesen. Sie suchen die Wirkung dieser Denkschrift dadurch abzumildern, daß sie über ihren Verfasser allerlei Lügen verbreiten. So behaupten sie u. a., daß Cawence gar kein echter Engländer sei, sondern aus dem Memelland komme und lediglich die englische Staatsangehörigkeit besitze, im übrigen aber in Königsberg ein echter, Memeländer als mancher, der heute in Vitoun eine große Rolle spielt, ein Litauer ist. Er entstammt einer alten und angesehenen englischen Familie. Er wurde 1874 in London geboren. Sein Onkel, Lord Cawence, war Vikar von Indien. Sein Großvater, Sir Henry Cawence, fand 1857 auf dem Schlachtfeld den Tod. Einer seiner Väter, Sir Herbert Cawence, war 1918 Stabschef der britischen Armee an der Westfront. Cawence selbst, der nicht nur Rechtsanwalt, sondern auch Richter der Grafschaft Somerset ist, war während des Krieges und in der ersten Nachkriegszeit englischer Staatsanwalt und Vertreter des britischen Schahamates beim Ge-

schichtshof in Litauen. Cawence hat sich nicht nur in seinem Aufsatz auf die überhöhte Verantwortung der neuen Verfassungskommission mit der Verfassung von 1791 hinmüßigt, „Der Grundriss der neuen Verfassungen“, schreibt er hierüber, „erinnert an die in Polen im gefeierten Verfassung von 1791. Der Entwurf will nicht nur eine rechtliche Rehabilitierung sein, sondern auch ein moralisches und politisches Geseheuch, getreu der Gedankentrichtung, die die Abtrennung des Rechtes von der Sittlichkeit vermischt.“ Wenn das so ist, dann kann man — im Interesse Polens — nur hoffen, daß die Verfassungsangelegenheit nicht wieder so kläglich wie am Ausgange des 18. Jahrhunderts verläuft und daß die Verfassung, an deren Entwurf nun schon seit acht Jahren gearbeitet wird, nicht wieder — wie damals — ein Dokument bleibt, das lediglich dazu taugt, kommenden Geschichtschreibern als Anregung zu einer posthume Propaganda zu dienen.

Die deutschen deutsch-englischen Schiedsrichter. Vor einiger Zeit wurde er in Anerkennung seiner juristischen Fähigkeiten, die von litauischer Seite bemerkt werden, zum Ehrenmitglied der amerikanischen Anwaltschaft ernannt. Die „findigen Köpfe“ in Kaun scheinen auf den auszufälligen Gedanken, das Angebotsform des ihnen unangenehmen Mannes in Zweifel zu ziehen, durch die Litauer gekommen zu sein, daß es auch im Memelgebiet Familien gibt, die Vorenz oder auch Vorenz heißen. — Cawence wird als Beobachter am Prozeß gegen die deutschen Memelländer teilnehmen.

Die Schulreform des illegalen Reizugs sieht u. a. vor, daß die Schulleiter bis zum 1. November feststellen müssen, wieviel Schulkindern mit ihren Eltern zu Hause litauisch sprechen. Auf Grund dieser Erhebungen soll dann durch die Schulleiter und das Direktorium die Abstammung der Kinder und die Unterrichtssprache in den Schulen festgesetzt werden. Das Ergebnis dieser Zählung soll für die Schulpolitik des Direktoriums Reizugs geradezu katastrophal ausfallen sein. Über 80 Prozent der Eltern haben die deutsche Sprache als ihre Umgangssprache mit den Kindern angegeben. Was die Litauer aber am meisten überläßt hat, ist die Tatsache, daß selbst zahlreiche Eltern, die nachweislich zu Hause litauisch sprechen, sich ebenfalls als deutschsprechend in die Listen eintragen ließen. Auf Grund dieses Ergebnisses kann auch nicht in einer einzigen memelländischen Schule die Unterrichtssprache umgewandelt werden. Die litauische Presse nimmt zunächst zu diesem Ergebnis nur indirekt Stellung und glaubt sich dadurch aus der Angelegenheit ziehen zu müssen, daß sie die Behauptung aufstellt, die Wiederhole sei auf eine „durch Hintermänner betriebene Agitation“ der Pressepolitik zurückzuführen. Man kann daher gespannt sein, wie sich nunmehr die neuernannten Schulleiter und das Direktorium Reizugs, von denen nach der Schulreform die endgültige Entscheidung über die Abstammung der Schulkindern und die Unterrichtssprache abhängt, zu diesem Ergebnis stellen werden.

Kürzlich wurde der Landwirt Hundsdörfer in Korallischen verhaftet, weil er in seinem Garten drei Kanarienvogelstreußler auf dem Stubbenboden vergraben hatte. Das Vorhandensein des „Staatsgefährlichen“ Materials vor den litauischen Behörden natürlich ebenso bekannt wie seine Zweckbestimmung. Wie gegen Hundsdörfer geplant Anklage schien also von vornherein auf Schmachpatzen zu stehen, denn schließlich kann man Stubben nicht mit Schmutzpatzen roden. Die tüchtigen Behörden suchten also, nachdem sie den „Schuldigen“ nun schon einmal verhaftet hatten, nach weiteren „Belastungsmaterial“; und sie fanden es auch in Gestalt eines aus Ziegelsteinen ausgelegten Hakenkreuzes in Hundsdörfers Garten. Hakenkreuz allein ist schon gefährlich. Hakenkreuz in Verbindung mit Sprengstoff aber ist eine akute Gefahr für die Nachkommen Bütantes des Großen. Obigen merkwürdig, daß das Hakenkreuz so gefährlich ist! Denn auch die litauische Regierungspartei führt dieses Zeichen als Emblem auf ihren Fahnen; und u. a. ist das Hakenkreuz als Rassenzeichen auch auf den Trägern der litauischen Kriegslugzeuge zu sehen.

Im der Pariser „République“ stellte der bekannte Publizist Robert Etienne fest, daß die Staatsanklagen von Paris, London und Rom durch den Bericht des englischen Rechtsanwalts Sir Alexander Cawence auf die unhaltbaren Zustände im Memelgebiet aufmerksam gemacht worden seien. Sie hätten sich endlich dazu entschlossen, die Augen gegenüber den Ereignissen in Memel zu öffnen. Das Blatt schildert weiter die verwerflichsten Einmischung der memelländischen Besatzungskräfte, die sich von dem Garanten des Memelkommens im Stich gelassen fühlten und erklärten, daß die Memelprobleme eines der „drohenden Pulverfässer Europas“ sei. Zu der Vorgeschichte des Memeltraubes heißt es in dem Aufsatz Etienes: „Das Memelland wurde zunächst von einem französischen Oberkommissar verwaltet. Dieser war Beauftragter der ver-

Spendet für die Winterhilfe!

bündelten Mächte, denen der Vertrag von Versailles die Rechte der Oberherrschafft übertragen hatte. Während man sich noch darüber unterließ, was mit dem Gebiet geschehen sollte, setzten 2000 litauische Soldaten, in Zivil verkleidet, eines schönen Tages „einen Aufstand der Bevölkerung“ in Szene. Die französischen Jäger mußten die weiße Fahne hissen und das Land räumen. Die Regierung in Kauen proklamierte, ohne eine Miene zu verziehen, daß das Memelgebiet sich „in unidirektibler Besetzung“ befinden angehöre. Sie verzichtete ganz verächtlich die Wiederholung der französischen Fahne. Vergebens forderte die Vorkonferenzkonferenz gemäß dem dringenden Wunsch der memelländischen Bevölkerung eine Volksabstimmung. Obgleich Litauen bei seinen Forderungen schwor, daß eine Abstimmung einen übermäßigem Sieg bringen würde, so es doch vor, den Verweis nicht zu veruchen.

Wie die Stimmung der memelländischen Bevölkerung war, hatte kurz zuvor eine Volksbefragung über die Unterrichtssprache in den Schulen ergeben, und zwar mühten 90 Prozent der Eltern die deutsche Schule für ihre Kinder, obwohl die Hälfte das litauische als Mutterprofrache angegeben hatten. Die Pariser „Republique“ erklärt unumwunden, daß die Einführung des nun schon acht Jahre dauernden Kriegszustandes im Memelgebiet eine Verletzung der im autonomen Staat verankerten demokratischen Freiheit darstelle. Die litauische Regierung habe versucht, die kulturellen Unterschiede zwischen Litauen und dem Memelgebiet durch ein Sozialisierung nach unten, nämlich durch eine Vorkulturierung, auszugleichen. Zu diesem Zweck seien hinterlistige Schläge gegen das Statut des Memelgebietes entworfen worden. An einigen Jahren seien vier Landtage aufgelöst worden, und zwar von solchen „Präsidenten des memelländischen Direktoriums, die dazu nicht das Recht hatten, da sie in ihren Ämtern nicht durch eine Abstimmung des Landtages bestätigt worden waren, wie das Statut es fordert. Die Vorkulturelle Bewegung der nationalsozialistischen Bewegung machen; dienen wie das Pariser Blatt ausdrücklich feststellt, in dritter Form an, um die Autonomie des Memelgebietes beseitigen zu

können. Die vielen Feststellungen des französischen Blattes braucht kaum noch etwas hinzugefügt zu werden. Die Pariser „Republique“ hat die litauischen Maßnahmen im Memelgebiet jedenfalls gründlegend durchschaut.

Das illegale Direktorium Neissag hat gegen sechs memelländische Führer wegen angeblicher Verbrechen in litauischen und litauischen Organisations und in litauischer Sprache das Disziplinarverfahren eingeleitet und sie zum Dienst suspendiert. An ihrer Stelle hat Leute aus dem großlitauischen Lager eingestellt worden. Die deutschen Sozialisten sind Kurt Stielow aus Schöner, Otto Lange aus Wehagen, Alwin Wolendene aus Oberstein, August König aus Augsgrün, Friedrich Martin aus Kaulsdien und Max Day aus Wolfshof.

Ein Ausländer berichtete vor einiger Zeit einmal ein Mitglied der litauischen Regierung darauf aufmerksam gemacht, daß die territorialische Politik im Memelgebiet dazu führen werde, daß Deutschland und viele andere Staaten Litauen keine landwirtschaftlichen Erzeugnisse, u. a. auch keine Schweine, mehr abnehmen werden. Und er bat von dem Litauer darauf die folgenden selbstbewußte Antwort erhalten: „Dann werden wir eben dreimal am Tage Schweinefleisch fressen.“ So weit ist es wohl noch nicht. Aber bei den Gängen ist es schon an. Durch einen Beschluß des Ministerkabinetts werden alle litauischen Staatsbeamten und alle Angestellten bei den Selbstverwaltungen und halbstaatlichen Unternehmungen Litauens verpflichtet, eine ihrem Einkommen entsprechende Anzahl von Gängen zu verzeichnen. Und zwar je eine Gans auf 100 Cill. Auf diese Weise hofft man, für 200 000 Gänge Absatz zu schaffen. Nach den statistischen Angaben soll aber der Gesamtbestand an schlachtreifen Gängen in diesem Jahr 1 300 000 Stück betragen, so daß auch diese Maßnahme nur unansehnliche Abhilfe schafft. Zu bemerken ist noch, daß die Gänse den Beamten zum üblichen Marktpreis veräußert werden sollen.

Der Wahlkampf in Danzig.

In Danzig ist der Wahlkampf für die Kreis- und Gemeindevorstände in den Kreisen Großes Werder und Rieberow im Gange. Zentrum und Deutschnationale, die sich zu einer Wahlbrüderchaft zusammengeschlossen haben, und die Marxisten können ihre Propaganda verfassungsgemäß nach Belieben und Vermögen entfalten. Die in Danzig herrschende nationalsozialistische Partei kann sich die Gewähr bieten, daß die Wahlbereitschaft an ihre Gegner um so eher zu brechen, als die Wahlbereitschaft der Sozialisten. Das heißt, daß die Polen, so weit sie eine Beteiligung an den Wahlen für notwendig halten, erst entfalten können, versteht sich von selbst. Senatspräsident Greiser hat am 30. Oktober mit einer Rede über den Danziger Landtagswahlkampf eröffnet. Er gab darin einen Rückblick auf das, was die nationalsozialistische Regierung für den Wiederaufbau des flachen Landes bisher geleistet hat:

„Insbesondere wird das flache Land die Aufzucht anerkennen müssen, wenn man nur die Erntereliefsjehnen der vergangenen Jahre unter den Regierungen aller Schattierungen mit der Carlähe vergleicht, daß es seit mehr als Jahresfrist unter unserer Führung auf dem gesamten flachen Lande keine Erntereliefsjahnen mehr gibt. Neben der vornehmsten Aufgabe der Arbeitsbeschaffung wurde aber auch ein Reihe anderer Fragen gelöst. Ich erinnere nur an den großzügigen Wiederaufbau in den Landkreisen, vor allem an die Schaffung einer als außerordentlich ansehnlichen Staatschauffee von der Stadt Danzig bis zur Landesgrenze, welche heute nur noch an einem Punkte eine Überbrückung über die Weichsel vorläßt, während an der Fogat bereits die zeitraubende Benutzung durch die Ostlandbrücke bei Einlage abgekürzt worden ist. Weiterhin haben viele Ortschaften, die bisher nur immer von einer geeigneten Straßenverbindung träumen durften, im Laufe eines Jahres die Straßen durch neuen Einbau des freiwilligen Arbeitsdienstes und anderer Kräfte erhalten. Darüber hinaus sind durch Meliorationen auf dem gesamten flachen Lande Verbesserungen vorgenommen worden, durch die eine wesentliche Intensivierung der Landwirtschaft erreicht worden ist. Zum ersten Male in der Geschichte der Danziger Landwirtschaft konnten die seit Jahren abgleitenden Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse so beseitigt werden, daß eine Kalkulation und eine Rechnung für den landwirtschaftlichen Erzeuger wieder herausprang. ... Hand in Hand hiermit ging eine fleißige Begünstigung landwirtschaftlicher Betriebe und eine Aufhebung der landwirtschaftlichen Zwangs, welche heute noch in Form eines nationalsozialistischen Regiments eine absolut gelungene Erziehung der Einkommenskräfte auf dem platten Lande bezeichnet werden kann. Neben dieser umfangreichen Hilfe der privaten Initiativen gegenüber ist es aber auch dem vorzüglichen Bemühen des Senats gelungen, eine Stärkung der Kreis- und Gemeindefinanzen zu erreichen. Der Senat hat zur Hebung der finanziellen Notlage der Gemeinden und Gemeindeverbände sehr erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt, die auch den notleidenden Krankenkassen zugute gekommen sind.

Ebenso werden durch die Vereinfachung erheblicher Mittel die Wohnverhältnisse eines großen Teiles der Danzabarter durch die Schaffung von Danzabarter-Eigenheimen wesentlich verbessert werden. ...

Über die nächsten durchgreifenden Aufbaumassnahmen des Senats führte Vizepräsident Greiser u. a. aus: „Eine umfassende Verwaltungsreform, die in ihren Grundzügen bereits festliegt, wird alsbald durchgeführt werden und als Spitzenleistung der Opferbereitschaft der eigenen Partei, daß ein nationalsozialistisches Regiment bereit ist, die Schäden einer aufgeschichteten Verwaltungsapparatur, von welcher parlamentarische Parteien ein Jahrzehnt hindurch zum Schaden des Volkes gelibt haben, an der Wurzel zu packen und zu beheben. ... Da gerade auf steuerlicher Gebiet heute noch große Härten bestehen, die dem Senat zwar bekannt sind, aber die abzustellen er bisher noch nicht die finanziellen Möglichkeiten hatte, ist eine Steuerreform geplant. Diese Steuerreform wird unter rückhaltlosem Einfluß sozialistischer Willensrichtung eine Reform der Einkommenssteuer und der Vermögenssteuer herbeiführen, welche nach sozialistischen Gesichtspunkten den kinderreichen Sozialmutter mehr als bisher ins Vorrecht stellt gegenüber kinderlosen Ehen oder solchen eingestrichelten Junggeheilen, die heute die Ehe nicht zum Standpunkt ihres Wertes dem gesamten Volk gegenüber betrachten, sondern sie lediglich zum Mittelpunkt einer materialistischen Berechnung machen. Weiterhin beabsichtigt der Senat nach dem Wohlgefallen der Regierungspartei durch eine in ihren Grundzügen zwar schon feststehende, in ihrem gesamten Aufbau aber noch nicht abgeschlossene allgemeine Gemeindeverwaltungsreform den Weg der Selbstverwaltung nach nationalsozialistischen Gesichtspunkten weiter fortzuführen. Daß dieser Weg in allen seinen Gliedern die vorgezeichneten Grenzen der unit. Vorkulturband garantieren Danziger Bevölkerung einhalten wird, ist eine von der Regierung immer und auch heute wieder anerkannte Selbstverständlichkeit. Diese Frage ist in ihrer Erledigung ebenso wie die Frage einer Befreiung der Selbstverwaltung eine rein politische und keine juristische. Sie kann deshalb in ihrer gesamten Konsequenz auch niemals auf ihre Notwendigkeit hin von Juristen beanwortet werden, sondern lediglich von durch Juristen beraten und auf die Grenze der Verfassungsmöglichkeit hingewiesenen Politikern. ...

Senatspräsident Greiser schloß seine Ansprache mit einem Aufruf an die Bevölkerung der beiden wählenden Kreise: „Wollt ihr, daß die Aufzucht der nationalsozialistischen Regierung weiterhin fortgesetzt wird, mollt ihr, daß eure Hute weiterhin aufbewahrt werden, mollt ihr, daß eure Arbeitsstellen auch erhalten bleiben, mollt ihr, daß das Deutschtumswußtsein Danzigs nicht nur bei seinen Nachbarn, sondern in der ganzen Welt weiterhin stärker und stärker anerkannt wird, dann tretet ein für die Männer, die dem Nationalismus nach außen die Anerkennung erwungen haben und dem Sozialismus nach innen Geltung verschaffen. Tut eure Pflicht unter der Parole: Für Arbeit und Brot durch den Nationalsozialismus.“

Der Gesangene seiner Verbündeten.

Zum erstenmal seit dem Tode Worhous ist jetzt in der französischen und politischen Presse wieder einmal vom Ostpakt die Rede. Der französische Außenminister Caillaux soll bei seinen letzten Besprechungen mit den Bolschewikern Polens und der Sowjetunion auch die Diktierfrage wieder in den Vordergrund gerückt haben. Paris, so heißt es, sei bereit, wenigstens einen der von Polen gemachten Vorbehalte anzuerkennen; es wolle Polen, falls dieses dem Ostpakt beitreten sollte, von der Verpflichtung zur militärischen Hilfeleistung im Kriegsfall befreien. Auf die anderen polnischen Vorbehalte, die sich auf Litauen, Ungarn und Deutschland beziehen, scheint die französische Regierung nicht eingehen zu wollen. Weiter heißt es, daß Frankreich für den Fall, daß Polen trotz dieses französischen „Entgegenkommens“ dem Pakt nicht beitreten sollte, mit Sowjetrußland, der Schweiz und Litauen einen „Pakt auf gegenseitige Hilfeleistung abzuschießen“ beabsichtige.

Demnach ist Capot dabei, den von seinem Vorgesetzten befristeten Weg ohne Abwechslungen weiterzugehen. Mit Beforgnis wird selbst in der Warschauer Regierungspreffe das Anwachsen der französischen Sympathien für Sowjetrußland zur Kenntnis genommen; und mit steigender Nervosität drängen die Führer der nationaldemokratischen Opposition zur Wachsamkeit gegenüber den französischen Wünschen. Diese ängstlichen Gemüter überleben nur eins: daß nämlich auch die selbstlose Radikalpolitik Polens die Pariser Regierung kaum daran hindern würde, der Sowjetunion ein „Bündnis“ immer enger zu knüpfen, das sich schließlich in der Sowjetunion als ein „Bündnis“ mit herber Politik den Qual d'Orsay nicht dazu veranlassen würde, Polen wieder den ersten Platz unter den stilles Bundesgenossen Frankreichs zuzuerkennen. Polen steht vor der Wahl, ob es sich wieder in das französische System — und zwar als abhängiges Mitglied, also als fünftes Rad am Wagen — einordnen will, oder ob es seine selbstbewußte und eigenwillige Politik, durch die es zu einer europäischen Großmacht geworden ist, fortsetzen will.

Die französische Außenpolitik wird immer eindringlicher von den Kreisen bestimmt, die unter allen Umständen ein Bündnis mit der Sowjetunion wollen. Innerpolitische Bedenken, die sich aus einer allzu engen Verbindung mit dem bolschewistischen Diktator ergeben könnten, treten für diese Kreise nicht mehr in Erwägung. Deren „Vorlesungen“ sind juristisch. Herriet hat seiner überzeugten Ausdruck gegeben, daß „die Völker Frankreichs und der Sowjetunion imstande sind, die Welt vor der Barbarei eines neuen Krieges zu retten.“ Pierre Cot hat auf dem Parteitag der Radikalkollegen die militärische Schlagfertigkeit und industrielle Stärke des roten Freundes gefeiert und ist zu der „Erkenntnis“ gekommen, daß der Staat, der in einem kommenden Kriege die Sowjetunion zu seinem Verbündeten zähle, das „organisierte Weltproletariat“ auf seiner Seite haben werde. Der französische Wirtschaftsminister Camourex wird bereits nach Moskau fahren, um zu sehen, was sich mit dem neuen Freund auf handels- und industriepolitischen Gebieten anfangen läßt. Henri de Kerillis ist als Sachverständiger des französischen Generalstabes kreuz und quer durch Sowjetrußland gefahren, hat dort mit kleinen und großen Zentren gesprochen und nach Möglichkeit auch einmal hinter die Kulissen gesehen.

Roskowski hat Bedenken.

In der „Gazeta Warszanska“ vom 31. Oktober stellte der nationaldemokratische Außenpolitiker Roskowski voll düsterer Ahnungen fest, daß sich die französische öffentliche Meinung von Polen abgewandt habe. „Die Franzosen“, so klagt er, „und zwar nicht irgendeine, sondern gerade die, die Einfluß auf die öffentliche Meinung besitzen und dem wiedererwachenden Polen freundschaftlich gesinnt waren, sind heute davon überzeugt, daß Polen ein deutsches Land seien und nicht mehr mit Frankreich, in das ein „Bündnis“ eines „Rückwärts“ Polen sich neben Deutschland gegen Frankreich stellen werde. Auch die umfangreichsten Erklärungen helfen da nichts, daß so etwas unmöglich ist, da es der 1000jährigen Politik Polens widerspreche, gegen die mächtigsten Interessen Polens verstoße und mit der zwingenden Überlieferung der polnischen Kultur, mit den polnischen Gefühlen und den primitivsten Interessen des polnischen Volkes in Widerspruch stehe.“ Roskowski gibt zu, daß ihm die Ziele und Absichten der Besonderen Außenpolitik unbekannt seien; er wolle nur, meint er, daß die Entfremdung der französischen öffentlichen Meinung für Polen eine schicksalhafte und gefährliche Angelegenheit sei. Und um das zu beweisen, bemüht er sich, die Ziele und Absichten der deutschen Politik zu ergründen. Deutschland, so sagt er da, sei sich darüber im klaren, daß es seine Pläne nicht mit Gewalt durchführen könne. Es gehe darum den Weg der Diplomatie. Sein oberstes Ziel sei es, zu einer Verständigung mit Frankreich auf Kosten Polens zu kommen. Deutschland trenne Frankreich von Polen, indem es Frankreich von der Unversöhnlichkeit des polnischen Bundesgenossen zu überzeugen und ihm klarzumachen versuche, daß Polen in der Politik ein kurzes Südwärts habe, daß das polnische Volk keinen Sinn für geschichtliche und politische Zusammenhänge besitze, daß die polnische Politik nicht dem Niveau der Politik der Westmächte entspreche, daß die Polen ein halbasiatisches Volk seien und in ihrer Politik barbarische Methoden anwenden. Bald sei es so weit, daß Deutschland seinen Krampf auspielen und Frankreich darauf hinweisen könne, daß es von

Er ist im wesentlichen zu folgenden Ergebnissen gekommen: Erstens, sagt Kerillis, werde ein Bündnis mit den Sowjets dazu führen, daß Frankreich seinen verlorenen Vorkriegsstellung nach neue „Mittler“ nachzufragen muß; zweitens, habe Frankreich sich der Gefahr einer bolschewistischen „Anleitung aus Drittens könne ein Bündnis mit Moskau Frankreich in einen Krieg hineinziehen, an dem es sich nicht unmittelbar interessiert ist; und viertens sei für den Fall, daß Frankreich sich offen mit den Sowjets verbünde, politisch und militärisch mit dem Verlust des polnischen Bundesgenossen zu rechnen. Auf der anderen Seite aber, sagt Kerillis, habe die schmerzliche Erfahrung, daß Frankreich der russischen Hilfe bedürfe; denn allein sei es Deutschland gegenüber zu schwach, und ohne Rußland müßte es auch seine bisherigen stilles Bundesgenossen verlieren. Das heißt: Frankreich ist der Idee anhängig, sein „Bündnis“ mit den Sowjets zu schließen. Es ist möglich, daß der selbstlose Außenminister durch eine ultimative Forderung den Rücktritt des französischen Innenministers erzwinge, daß Polen seit Monaten durch seinen Widerstand die Verwirklichung der französischen Bündnisabsichten erfolgreich behindert, daß „Bündnis am Qual d'Orsay mit der größten Selbstverleuglichkeit als der anerkannte Regierer der französischen Außenpolitik existiere. Aber möglich ist das nur deshalb, weil Frankreich eine Sozialpolitik treibt, die es notwendigerweise in einen neuen scharfen Gegensatz zum Deutschen Reich bringen muß. Moskau liegt seinen Zielen daraus. Es kennt die aus einer europäischen „Anleitung“ des Deutschen Reiches folgende Qual d'Orsay und will ein „Bündnis“ mit Frankreich. Wenn es sich mit Frankreich verbünde, dann will es auch seinen Wert als Bundesgenossen auf ein Höchstmaß steigern. Das bedeutet, daß es die französische Freundschaft und die sich daraus etwa ergebenden Vorteile nicht mit einem anderen zu teilen wünscht. Sowjetrußland scheint von Frankreich zu fordern, daß es von jeder weiteren Zusammenarbeit mit Polen absehe. Die Politik Moskaus zielt darauf ab,

„Polen zu isolieren“, um im Falle eines „Mittler“ zwischen Frankreich und dem Deutschen Reich zu haben. Diese Verhältnisse, die der Pariser Berichtsführer des „Amsterdamer „Telegraaf“ vom Stand der Dinge gegeben hat, scheinen im wesentlichen richtig zu sein. Denn daß Moskau in der baltischen Frage nicht als Bundesgenosse, sondern als recht aktiver Gegner Warschaws auftritt, daß sich im Laufe dieses Jahres mehrfach sehr deutlich gezeigt. Es liegt unter diesen Umständen sehr nahe, anzunehmen, daß Moskau die abenteuerliche Liebe der Franzosen und ihr Mißtrauen gegen Warschau dazu ausnützen wird, die Bewegungsfreiheit Polens nach Möglichkeit zu beschränken.

Frankreich könnte eine stärkere Ostpolitik treiben, wenn es in der Saarfrage Verzicht annehmen wollte. Es könnte Polen, Schweden, der Schweiz und der Sowjetunion gegenüber ganz anders auftreten, wenn es seine „Angebotlichkeiten“ auf ein arbeitsfähiges Maß aufgeben und die von deutscher Seite mehrfach selbstlose Erfahrung gegeben wollte, daß es nach der Rückkehr des Saargebietes zum Reich keinen triftigen Grund mehr für die Beibehaltung des gegenwärtigen deutsch-französischen Spannungszustandes gibt.

Polen betrogen sei; und mit Schmerz müßte man feststellen, daß sich die öffentliche Meinung in Frankreich schon so sehr ungunstigen Polens geändert habe, daß nur noch „radikale und dralistische Mittel“ hier eine Umkehr herbeiführen könnten. Die Schuld, daß es so weit gekommen ist, glaubt Roskowski ausschließlich bei den Leitern der polnischen Politik suchen zu müssen, während er die französische Seite von jeder Mitschuld an der von ihm so lebhaft bedauerten Entwicklung freisprechen möchte ist.

Man kann sich ungefähr denken, was dieser „nationale“ Politiker unter den „radikalen und dralistischen Mitteln“ versteht, die seiner Meinung nach angewandt werden müßten, um die öffentliche Meinung in Frankreich wieder für Polen günstig zu stimmen. Ein reuiger Kniefall vor Frankreich und eine Wiederannahme des offenen Kampfes mit Deutschland sind wohl das Mindeste, was Roskowski für notwendig hält, um das französische Vertrauen zurückzugewinnen. Als das sicherste Mittel aber was ihm wohl die Übernahme der politischen Führung in Polen durch die Nationaldemokraten erscheint. Denn diesen glaubt man auf's Beste, daß sie keine Einmüde erheben, wenn Frankreich eine Politik macht, die den polnischen Interessen geradezu widerspricht, und daß sie es als unabänderlich hineinnehmen, wenn j. D. ihr Land vom französischen Kapital zu einer afrikanischen Kolonie degradiert wird. Sie sind die Kreise, von denen Disfubki einmal gesagt hat, daß ihr Nationalismus geeignet ist, die nationale Idee in den Dreck zu ziehen, und vor denen er im August 1927 in Kalisch seine Regionäre genannt hat: „An allen Krisenstellen aber hätte sich vor fremden Agenten. Gibt immer ihren eigenen Weg, „sich nicht mit anderen als Polen, liebt nur Polen und hält alle, die den Fremden dienen“.

Wer Bernstein kauft, hilft Ostpreußen!

200000 Analphabeten in Warschau.

Der Krakauer „Ausstromung Kurier Cobyjennu“ ist zwar ein regelungsloses Organ. Er ist aber doch geschäftsfähig genug, um auf die Unzulänglichkeit der breiten Massen mit den sozialen Verhältnissen im Vordergründe zu nehmen und die öffentlichen Mängel und Mängelstände unter ziemlich unermüdlicher Kritik an der Regierung gehörig unter die Lupe zu nehmen. Der Kurier j. B. hat sich das Blatt einmal die Schulverhältnisse in Polen vorgenommen und u. a. folgende Bemerkungen über dieses Thema gemacht. In Warschau wohnen in jedem Mietshaus im Durchschnitt zehn bis zwanzig Analphabeten. „Das heißt, in Polens Hauptstadt gibt es über 200 000 Leute, die nicht lesen und schreiben können. Jeder fünfte Warschauer kann weder Lesungen noch amtliche Bekanntmachungen ablesen.“ „Das ist in eine Stadt der Fall, in der der letzter Zeit eine Menge kostspieliger Repräsentationsbauten für Kultur- und Bildungsanstalten errichtet wurden.“ Wenn schon in der Hauptstadt Polens so viel Analphabeten leben, so ist es nicht weiter verwunderlich, wenn im übrigen Polen sechs Millionen Menschen weder lesen noch schreiben können.“ Von diesen sechs Millionen gehörte freilich ein großer Teil der älteren Generation an, die in ihrer Jugend noch nicht die Möglichkeit hatte, Lesen und Schreiben zu lernen. Aber die Leute, die behaupten, daß in Polen jedes Kind heute nicht nur die Pflicht, sondern auch die Möglichkeit zum Schulunterricht habe, seien schlecht unterrichtet. Denn es habe in Polen nach dem Kriege noch eine „Reorganisation“ des Schulwesens gegeben. „Über diese „Reorganisation“ habe ich großen Teil nur auf dem Papier. „In Polen sind noch über eine halbe Million Kinder im schulpflichtigen Alter ohne Unterricht, da es für sie keine Schulen gibt. Auf Grund der Reform des Schulwesens vor drei Jahren hat man in vielen Dörfern siebenklassige Volksschulen errichtet, die für diese Dörfer nutzlos blieben sind. Denn man konnte selbstverständlich nicht in allen Dörfern solche Schulen erbauen, und so haben einige Dörfer große Schulen, mit denen sie nicht viel anfangen können, und andere haben gar keine. Diese Art, auf der einen Seite großartige Schulen nach dem Muster der wohlhabenderen westlichen Staaten zu errichten, und auf der anderen Seite solche Kinder ganz ohne Unterricht zu lassen, gleicht der alten Geschichte von dem Reger, der sich stolz einen Kraken ansetzte, ohne ein Hemd zu besitzen.“

Man könne, so schreibt das Blatt weiter, den meist sehr armen polnischen Volkskindern nicht zumuten, daß sie täglich bei jedem Wetter, schlecht ernährt und schlecht gekleidet, fünf bis zehn Kilometer und mehr zur Schule gehen. Das hätten auch die Behörden erkannt, und so hätten sie Kinder, die weiter als drei Kilometer von der

Schule entfernt wohnen, vom Schulbesuch befreit. Damit aber hätten die großen Schulbauten den wichtigsten Teil ihrer Aufgabe verfehlt.

„Das ist der eine Grund“, fährt der „J. R. C.“ fort, „warum man in Polen noch immer nicht von einer befriedigenden Lösung der Unterrichtsfrage sprechen kann. Ein anderer aber ist der, daß die Schulbücher bei ihrem geringen Preise für die armen Bauern ein zu hohes Quantum an Kosten verursachen. Eine gute Ausgabe fünf, sechs Zloty für Schulbücher und ebensoviel für die anderen Schulutensilien bedeutet für den armen polnischen Bauern ein Vermögen.“ „Es nehme nicht weiter Wunder, was Frau Dorothea Chun in einem Vorwörter Blatte schreibt: „Es kommt häufig vor, daß Mütter mit der Bitte zum Lehrer kommen, er möge ihr Kind nicht verstehen. Das Kind könne nichts, so behaupten die Mütter, es sei noch sehr jung und es verhalte so wenig vom Unterricht, daß es die Klasse noch einmal durchmachen müsse. „In Wirklichkeit“, so schreibt Frau Chun, „gehört es den Bäuerinnen nur um die drei Zloty, die sie für Schulbücher ausgeben müssen, wenn das Kind in die nächste Klasse käme.“

Weiter heißt es: „Es ist nicht bekannt, ob die Schullehrer im nächsten Jahr erhöht werden wird. Auf jeden Fall aber zählt bereits heute jeder, der sein Kind in die Volksschule schickt, eine indirekte Schullehrer, denn in den Preis der Schulbücher ist eine Abschabung für den Bau von Schulen einkalkuliert.“ „Was soll aus der halben Million Kinder werden, die überhaupt ohne Unterricht ist. Man sollte die Experimente mit den großen, siebenklassigen Volksschulen aufgeben und dafür in jedem Dorf eine Schule einrichten — und wenn nur eine alte Hütte dafür zur Verfügung steht. Wenn bei uns für jeden Bürger ein Finanzbeamter da ist, so muß auch für jeden eine Bibel und ein Lehrer da sein. In jedem Dorf findet sich sicher eine Stube, die mit wenig Geld als Unterrichtsraum eingerichtet werden kann. Wenn man darauf verzichtet, große, siebenklassige Volksschulen zu errichten, dann wird man in jedem Dorf eine kleine Schule eröffnen können. Es wäre sehr zu wünschen, wenn sich die Schulbehörden zum Ziel setzen würden: Kein polnisches Kind ohne Unterricht, kein Analphabet auf polnischer Erde mehr. Bisher allerdings hat sich der Staat diesen Grundbesitz nicht zu eigen gemacht. Er hat seine erste und wichtigste Pflicht, jeden lesen und schreiben zu lehren, nicht erfüllt. Das ist aber in einem demokratischen Staat die erste Bedingung zu seiner Verwirklichung, denn nur durch das gebrochene Wort kann man in einem großen Staat das Volk regieren.“

Zollfreie Einfuhr nach Polen.

Bisher hat die Frage, was zollfrei über die Grenze nach Polen eingeführt bzw. von Reisenden mitgenommen werden darf, den Beteiligten mancherlei Unannehmlichkeiten bereitet. Die polnischen Zoll- und Grenzbestimmungen sind in dieser Hinsicht nicht immer einheitlich vorgegangen. Die hier noch bestehenden Unklarheiten sind nunmehr durch das am 30. Oktober in Kraft getretene neue polnische Zollgesetz (nicht zu verwechseln mit dem seit mehr als einem Jahr geltenden neuen Zolltarif im wesentlichen beibehalten worden. In dem umfangreichen Dekret, das 236 Paragraphen und eine ganze Reihe von Fußnoten, Anhängen usw. umfaßt, sind auch die allgem. interessierenden Bestimmungen über die Zollfreiheit für solche Gegenstände enthalten, die im täglichen Leben, bei Reisen, Umjagen und dergleichen, eine Rolle spielen.

Demnach werden u. a. u. a. Bilder, Postkarten und andere Werke polnischer Künstler zollfrei abgefertigt; zur Einfuhr ist jedoch eine Bescheinigung des Unterrichtsministeriums in Warschau erforderlich. Sürge mit Leichen, Affen, Katzen, Blumen, Kränze und so weiter sind zollfrei; notwendig ist eine Einfuhrbescheinigung des zuständigen polnischen Konsulats. Kränze und Gattabakts, die von Trauergeisten zu einem Begräbnis oder zum Gräberbesuch mit über die Grenze gebracht werden, befreit das zuständige polnische Zollamt von der Zollgebühr; desgleichen Kränze aus künstlichen Blumen, wenn nicht der Verdacht besteht, daß diese zu Handelszwecken über die Grenze gebracht werden. In dem polnischen Zolltarif sind bisher die Einfuhrgebühren für Gegenstände gemacht, die nicht von den reisenden Personen selbst mitgebracht, sondern als Bahngüter expediert werden. Solche Gegenstände sind jetzt in jedem Falle zollfrei abzufertigen, sobald sie als Reiseeffekten des Betreffenden angesehen werden können. Der Reisende muß im Besitz eines regelrechten Passes und eines allseitigen polnischen Sichtverkehrs. Grenzübertrittsscheine, Verkehrskarten und andere Dokumente des kleinen Grenzverkehrs genügen nicht. Auch Lebensmittel und Hilfsmittel dürfen von Reisenden zollfrei mitgeführt werden, jedoch nur in der Menge, die durch die Größe der Reise und durch die Dauer des Aufenthaltes als notwendig erscheinen. Für die Einfuhr von Waren in Polen ein staatliches Monopol besteht, sind im Zollgesetz bestimmte Nahrungsmittel, die unvorpollt von Reisenden mit allseitigem Reisepass mit über die Grenze genommen werden dürfen, folgende: Rauchtobak 50 Gramm, Zigaretten 100 Gramm oder 50 Zigaretten; Spiritus, Wein, Met oder dergleichen in Liter in entkörneter Flasche. (Geschlossene Flaschen unterliegen der Zollpflicht.) Zündhölzer

2 Schachteln, Zollfrei sind Geld und Wertpapiere, Auszeichnungen und Ehrenpreise, die bei ausländischen Konkurrenzen erworben worden sind. Aufsteife und Warenproben sind nur dann zollfrei, wenn einmündig festgestellt, daß sie für Verkaufszwecke nicht eignen. Für Erziehungsmittel und Schmiermaterial für Verbesserungsmittel gelten die internationalen Vorschriften. Lehrmittel für Schulen und Lehr- und Erziehungsanstalten sind zollfrei; wenn es sich um Gegenstände handelt, die nicht Handelszwecken dienen. Drucksorten aller Art für öffentliche Vertriebsstellen und für zollfreie Einfuhr der Gegenstände des Wohnortwechselns. Die staatlichen Verwaltungskörper und andere Körperschaften dürfen medizinische und chirurgische Apparate im öffentlichen Interesse zollfrei einführen; hierzu ist eine Genehmigung des Finanzministeriums notwendig.

Besonders wichtig und im Gesetz eingehend behandelt ist die Einfuhr von Heirats- und Umzugsakt. Das gebrauchte Eigentum von Personen, die nach mindestens einjährigem Aufenthalt im Ausland nach Polen überfiebern, ist zollfrei, wenn glaubhaft nachgewiesen werden kann, daß die Gegenstände noch wie vor dem eigenen Gebrauch dienen sollen. Erforderlich ist ein genaues Verzeichnis der betreffenden Gegenstände und die Bestätigung durch das zuständige polnische Konsulat, daß die Gegenstände den Standes- und Verfassungsverhältnissen des Überfiebernden entsprechen. Erforderlich ist weiter eine Bescheinigung der Wohnortwechselbehörde, daß hier eine eheliche Überführung und nicht etwa ein vorläufiger Warentransport vorliegt. Wenn ein Gegenstand aus unvorbereitete Materialien, Halbfabrikate und Rohprodukte gefertigt wird, als selbstwertiges Umzugsakt. Die überfiebernde Partei muß sich verpflichten, die zollfrei eingeführten Gegenstände innerhalb zwei Jahre hindurch zum dritten Personen zu verkaufen. Ansonstenfalls ist die Zollgebühr nachträglich zu entrichten. Heiratsgut und Hochzeitsgeschenke sind grundsätzlich zollfrei, wenn die nach Polen überfiebernde Frau mindestens zwei Jahre im Auslande gewohnt hat und die Eheführung mit einem polnischen Staatsbürger erfolgt. Ähnlich wie beim Umzugsakt dürfen auch hier die Gegenstände nach Art und Menge der Gegenstände, die nach dem Standesgemäßem hinweisen. Handelt es sich um Gegenstände, die nicht vom Festzuge aus übergeben (Ausschlag) werden können, so können sie nur mit Genehmigung des Finanzministeriums eingeführt werden. Die in berücksichtigungswerten Fällen ohne Schmierigkeiten erteilt wird. Schließlich sind zollfrei auch gebrauchte Gegenstände einer im Ausland verstorbenen Person in diesem Falle muß aber ein Testament einer in Polen wohnhaften Person vorgelegt werden.

Die Ernte in Polen.

Polens Anbaufläche hat im laufenden Jahre 16,9 Mill. Hektar betragen. Gegenüber den Vorjahren hat sie sich ein wenig vergrößert. In den einzelnen Teillegezeiten sind jedoch unterschiedliche Entwicklungsstadien festzustellen. Während die Gebiete mit extensiver Wirtschaft eine Zunahme der Anbaufläche zu verzeichnen haben, hat sich die unter dem Pflug befindliche Fläche in den Gebieten mit intensiver betriebener Landwirtschaft, also in Polen, Pommerellen und Ostpreußen, etwas verringert. Der Anbau der hauptsächlichsten Getreidearten und Feldfrüchte war einigen Schwankungen unterworfen. Die Anbauflächen für Roggen, Hafer und Kartoffeln sind etwas verkleinert worden. Die Anbauflächen für Weizen und Gerste sind etwas zurückgegangen. Daselbst gilt für die Zuckerrüben. Der Anbaufläche gilt gegenüber 1929 um etwa 60 v. H. verringert hat. Dagegen sind die Anbauflächen für Mais, Hanf und Hopfen im Steigen.

Das statistische Endergebnis in Polen wird vom Warschauer Statistischen Hauptamt als mittelmäßig bezeichnet. Die langanhaltende Trockenheit im Frühjahr und Sommer hat nicht so nachteilige Folgen gehabt, wie man ursprünglich befürchtet hatte. Die diesjährige Weisernte hat annähernd 1,8 Mill. Tonnen betragen gegenüber 2,17 Mill. Tonnen im vergangenen Jahre. Auch die Roggen-ernte ist mit 5,67 Mill. Tonnen etwas 20 v. H. geringer als 1933. Gerade mit 1,43 Mill. Tonnen und Hafer 2,27 Mill. Tonnen geerntet; das sind 10,5 bzw. 15,2 v. H. weniger als im Vorjahre. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die letztjährige Ernte eine der besten des letzten Jahrzehnts gewesen ist. Die diesjährige Kartoffelernte ist mit 31,7 Mill. Tonnen um 12 v. H. größer als die vorjährige.

In den einzelnen Landesteilen ist die Ernte sehr verschieden ausgefallen. Auf der einen Seite hat z. B. die Wojewodschaft Polen unter der Trockenheit dieses Jahres besonders schwer gelitten; auf der anderen Seite wurde in Galizien ein sehr erheblicher Teil der Ernte durch die Jähmere Kohlenverkohlungsruhe nicht. Der „Prezeglowski Gosparczak“ veröffentlichte eine Übersicht über die Ernteverhältnisse in den einzelnen Wojewodschaften, indem er die Weizen- und Roggenmengen von 1933 und 1934 mit dem = 100 geteilten Durchschnitt der Ernte in den letzten 10 Jahren vergleicht. Demnach hat die Weizen-ernte in der Wojewodschaft Polen im Wirtschaftsjahr 1932/33 129,9 v. H. des zehnjährigen Erntedurchschnitts betragen, im Wirt-

schaftsjahr 1933/34 dagegen nur 94,4 v. H. Die Roggenmengen in der Wojewodschaft Polen betrug 1932/33 106,4 und 1933/34 80,8 v. H. Weil Schlechter sind die Endergebnisse noch in den übrigen Wojewodschaften, wie folgende Übersicht zeigt:

Wojewodschaft	Weizen		Roggen	
	1932/33	1933/34	1932/33	1933/34
Krakau	130,6	64,9	124,3	69,3
Stanislaw . . .	120,1	95,1	121,3	35,7
Carnopol	132,8	88,1	110,5	43,7

In den anderen Wojewodschaften, außer Lodz, liegt die diesjährige Weizen-ernte über dem Zehnjahresdurchschnitt. Die Roggenmengen liegen unter diesem Durchschnitt in den Wojewodschaften Polen, Krakau, Stanislaw und Carnopol sowie in Bielskopol, Wilna, Wolynien und Pommerellen.

Die Getreideausfuhr erlähnt nach diesen Ergebnissen, die zwar geringer als diejenigen das letzten Jahres, aber immer noch günstiger sind, als man erwartet hatte, nicht gefährdet. Vor allem wird auch die gute Kartoffelernte zu einer Steigerung der Getreideausfuhr beitragen. Um verfloßenen Wirtschaftsjahr 1933/34 wurden über 72 000 Tonnen Weizen, über 175 000 Tonnen Roggen, über 160 000 Tonnen Gerste und fast 14 000 Tonnen Hafer sowie knapp 13 000 Tonnen Weizen- und über 83 000 Tonnen Roggenmehl ausgeführt. Eingeführt wurden 23 000 Tonnen Weizen und über 10 000 Tonnen Roggen. Diese Einfuhr ist vorwiegend aus Deutschland gekommen, und zwar im sogenannten privilegierten Verkehr auf Grund der Oberflächeneinkommen. Die Ausfuhr betrug im vergangenen Wirtschaftsjahr 3,6 v. H. des Eigenverbrauchs von Weizen, 6,4 v. H. von Roggen, 13,6 v. H. von Gerste und 0,7 v. H. von Hafer. Wertmäßig besitzerte die polnische Getreideausfuhr auf 85 Mill. Zloty; das sind fast 9 v. H. der polnischen Gesamtausfuhr. Der Getreideexport ist ein bedeutender Bestandteil des polnischen Außenhandels. Seine Bedingungen haben sich durch das deutsch-polnische Abkommen abgemindert, das kürzlich auch auf Weizen ausgedehnt wurde und dem jetzt für Roggen auch die Komplettaufnahme gilt, nicht unermäßig gebillert. Dieses Abkommen liefert Polen für seinen Getreideexport günstigere Preise, als sie bei ungerogeten Marktverhältnissen zu erlangen wären.

Stkland-Woche.

Schifale deutscher Schulen in Polen.

Im Jahre 1931 wurde die deutsche Privatschule in Dirschau von den polnischen Behörden geschlossen, weil die Räume des St.-Georgen-Hospitals, in denen sie untergebracht war, für Schulzwecke ungeeignet nicht geeignet waren. Die Bemühungen des Deutschen Schulvereins in Dirschau um die Wiedereröffnung blieben erfolglos. Da machten die Dirschauer Deutschen, die sich ihr Bestreben nicht los ließ, schließlich ein Angebot, an der Rot bei Gogolin, ein Haus mit dem Namen „Wau“ einer neuen Schule, der im August 1933 von der Wojewodschaft genehmigt wurde. Im Laufe eines Jahres ist dann am Dirschauer Stadtpark in günstiger Lage ein anscheinlich Gebäudekomplex entstanden, der in jeder Hinsicht den baulichen, hygienischen und unterrichtlichen Bedürfnissen genügt und mit dem Beginn des nächsten Jahres seiner Bestimmung übergeben werden soll. Die Schule soll als siebenklassige Volksschule und später als Mittelschule ausgebaut werden. Neben dem 74 Meter langen, aus Erdbeisohf und einem Stokwerk bestehenden Hauptgebäude ist eine geräumige Turnhalle vorhanden. Das Erdbeisohf des Hauptgebäudes enthält die Wohnung des Schuldirektors, Vertikimmer, Konferenzsaal, Kochsal für den Haushaltsunterricht, Werkraum mit elf kleinen Arbeitstischen für die Vastellunden der Schüler, Feldsalen, Physikzimmer usw. Im 1. Stokwerk befinden sich die sieben Klassenräume und eine Anzahl weiterer Unterrichtsäume. Sämtliche Zimmer sind mit elektrischem Licht, Warmwasserheizung und Entlüftungsanlagen, ein Teil von ihnen auch mit Gas, Wasserleitung usw. versehen. In das Hauptgebäude schließt sich rechtsmüßig, den Übergang zur Turnhalle bildend, ein besonderes Abdehaus an, das Frauenbilder für die Schüler enthält. Das gesamte Schulterrain umfaßt neun Morgen. Der meiste Schulort wird von Teil von den Schülern, von Teil von einer Anzahl von amerikanischen Anwesen umflossen. Für das Dirschauer und darüber hinaus für das Pommereller Deutschstum bedeutet die Fertigstellung dieser Schule einen beachtlichen Erfolg.

Wen den Polen in Deutschland.

Wie die Oppeller „Wozniu Cobyjanna“ berichtet, fand am 26. Okt. in Grodnie eine Arbeitsbesitzung für den Vorstehenden des schließlichen Landesverbandes des Polnendoms, Pfarrer Karl Kojolek, statt. Kojolek schreibt wegen seines hohen Alters aus dem Bestreben die

in der Polnendomsprelle erschien eine Notiz über die landwirtschaftliche Schule in Schroda (Polen), die von der Pomeser Landwirtschaftskammer unterhalten wird. Darin wurde mitgeteilt, daß zwei oder drei Anwärter aus Ostpreußen in die Schule aufgenommen werden können. Das einmalige Schulgeld beträgt 30 Zloty; die Schüler wohnen im Internat und zahlen dort monatlich für Wohnung und Verpflegung 30 Zloty.

Deutsche aus Thoren in Berlin.

Am 31. Oktober kamen etwa 700 Gäste aus Polen zu einem mehrtägigen Besuche nach Berlin. Sie wurden auf dem Bahnhof Friedrichshagen herzlich empfangen. Unter den Gästen befand sich eine große Anzahl von Deutschen aus Thoren, die einer Einladung des Thorer Heimatbundes in Berlin gefolgt waren, der mit seinem Mitgliebers Pfingsten d. J. die alte deutsche Ordensstadt an der Weichsel besucht hatte. Am 1. November fand ein Begrüßungsabend statt, an dem die deutschen Volksgenossen aus Thoren und die in Berlin lebenden ehemaligen Thorer sich zusammenfanden. Auf ein Telegramm, das aus Anlaß des Besuches an den Führer und Reichskanzler gerichtet worden war, folgte die Antwort etc. Dem Thorer Heimatbund und seinen Gästen danke ich für ihr Telegramm und die Grüße, die ich herzlich erwidere. Ich freue mich über den Besuch der deutschen Landsleute aus Polen im neuen Deutschland und hoffe, daß sie nach ihrer Rückkehr zur Vertiefung der Beziehungen zwischen den beiden Nachbarländern beitragen werden. (gez.) Adolf Fittler."

Fürst von Vles gibt seinen Pensionären.

Die Pensionäre und Hinterbliebenen früherer Angestellter der Plesischen Unternehmungen in Ostpreußen sind durch die Verkündung der Zwangsvermählung über das Plesische Vermögen in eine finanzielle Lage geraten. In der Zeit, als bereits die Pensionen auf dem Vermögen im Gange waren, hatten die Pensionäre ihre Pensionen immerhin noch in halbmotinaligen Raten ausbezahlt erhalten. Die Zwangsvermählung hat dann aber die Auszahlung der Pensionen und Hinterbliebenen eingestellt. Die Pensionäre haben sich darauf in ihrer Not an den in Deutschland lebenden Fürsten von Vles gewandt. Sie erhielten jetzt die Nachricht, daß auf Veranlassung des Fürsten alsbald eine Monatspension ausgezahlt werden soll. Diese Hilfe des Fürsten ist dankbar empfunden worden. Andererseits bestehen die Pensionäre begründeterweise auf einer Rückkehr der Rente, die die Zwangsvermählung bekräftigt ist, die Auszahlung der Pensionen zu ermöglichen. Darin greift die Not bei den langjährigen alten Arbeitern und ihren Hinterbliebenen, die bisher als Anerkennung für treue Dienste vom Fürsten regelmäßige Zulagen erhalten hatten. Es handelt sich hierbei ebenfalls um mehrere hundert Familien. Viele von ihnen kommen immer wieder zu den Zahlstellen der stiftlichen Vermählung und bitten um Hilfe. Auf Anordnung der Zwangsvermählung dürfen jedoch keine Zahlungen an sie geleistet werden.

Hakenkreuz nicht strafbar.

Das Warschauer Oberste Gericht hat heute entschieden, daß das Anbringen von Hakenkreuzen in Polen nicht strafbar sei. Dessen Entschluß lag die Kollisionsklage eines Polen gegenüber dem abministrierten Verfahren zu einer Geldstrafe verurteilt werden war, weil er auf die Schaufenster jüdischer Geschäfte in Warschau Hakenkreuze aufgemalt hatte. Das Urteil hat in Polen großes Aufsehen erregt.

Drohungen gegen deutsche Zeitungsaussträger.

Sechs Mitglieder des polnischen Unabhängigenverbandes erschienen in der Nacht vom 2. zum 3. November vor dem Hause des Austrägers der „Kattowitzer Zeitung“ in Mochytschyn, Josef Krentsch, und warnten diesen mit „Heil-Hitler“-Rufen aus dem Schloß. Der Rädel-Führer der Unabhängigen Gruppe, der Galtwirt Paul Koszur, beschimpfte den deutschen Zeitungsaussträger und suchte dabei mit einem Messer herum. Ein Grenzposten in Uniform, der gleichfalls zu der Gruppe gehörte, verurteilte Krentsch, daß er seinen Summunknäuel an ihm ausprobieren werde. Als Postboten brankamen, mußten sich die Heiden aus dem Staube. Die Polizei hat sich der Sache angenommen. — Der bisherige Austräger der „Kattowitzer Zeitung“ in Ragow, Jelen, hat die Agentur niedergelegt, da ihm von ähnlichem Gefährdung angebrocht wurde, daß man ihm „fälschliche Knochen brechen“ werde. — In Lubania wurde dem Austräger desselben Blattes, Ruchta, mitgeteilt, daß ihm die Unterstützung entzogen würde, wenn er die Agentur nicht sofort abgibt.

Der Polnische Westverband.

Der Verband vom Schutze der Weltgebiete (Weltmarkenverein) wird am 18. und 19. November in Warschau seine Jahreshauptversammlung abhalten. Der Verband hat seinen Namen in „Polnischer Westverband“ ändern und seinen Sitz von Polen nach Warschau verlegen. Die Verlegung der Hauptleitung des Verbandes in die Verbandshauptstadt hat der Vorsitzende, Minister a. D. Trycinki, in einem Interview damit begründet, daß nach der Schmäderung des Deutschlands in den polnischen Weltmarkenbesitzungen die dortige Arbeit des Verbandes nur noch einen geringen Teil der Selbsttätigkeit darstelle und daß es jetzt notwendig sei, die Arbeit, die bis bisher auf die westlichen Weltmarkenbesitzer beschränkt, auf das ganze Staatsgebiet auszudehnen. Die Tätigkeit des Verbandes wird — nach polnischen Pressenotizen — umfassen: Unterhaltung von Ferienkolonien für die polnische Jugend aus Deutschland und den Weltgebieten Polens, Veranstaltung von Vorträgen, kulturelle Bildungsarbeit und Popularisierung der deutsch-polnischen Probleme. — In diesem Jahre hat der Weltmarkenverein 4000 polnische Kinder und Jugendliche aus Deutschland und 5000 weitere aus Ostböhmen und Polen-Dommerellen in Ferienkolonien untergebracht. Seit 1922 hat der Verein annähernd 82 000 Kinder und Jugendliche in dieser Weise betreut.

Der polnische Haushalt.

Der 700 Seiten umfassende Entwurf des Haushaltsanforderungslages für die Rechnungsjahre 1935/36 ist am 30. Oktober dem Sejm vorgelegt worden. Die Ausgaben belaufen sich auf 2132 Mill. Zloty. Der höchste Posten ist wie stets der des Kriegsministeriums, für das 761 Mill. Zloty, ebenfalls wie im Vorjahre, eingeleist sind. Der Etat des Unterrichtsministeriums ist dagegen um 18 Mill. Zloty gekürzt worden. Er macht mit 295 Mill. Zloty etwa ein Drittel des Wertes aus. An dritter Stelle stehen unter den Ausgaben die Staatsschulden mit 202 Mill. Zloty, 8 Mill. Zloty mehr als im vorigen Haushaltsjahr. Es folgt das Innenministerium mit 197 (gegen 195) Mill. Zloty, im Vergleich mit dem vorigen Jahr um 2 Mill. Zloty mehr. Die Ausgaben anderer Ministerien, Kulturgeldausgaben enthalten. Bemerkenswert ist die Kürzung der Pensionen und Versorgungsleistungen um 157 auf 152 Mill. Zloty. Der Haushalt des Arbeitsministeriums hat sich von 67 auf 57 Mill. Zloty verringert. Dagegen weist das Landwirtschaftsministerium eine Erhöhung seiner Verwaltungsausgaben von 25 auf 33 Mill. Zloty auf. Für ein Land, dessen Bevölkerung zum weitaus größten Teil von der Landwirtschaft lebt, muß diese Ziffer geradezu minimal anmuten. Eine geringe Ausgabenvermehrung von 39 auf 42 Mill. Zloty hat das Gesundheitsministerium aufzuweisen. Dagegen sind im Haushalt des Innenministeriums Einsparungen vorgenommen worden um 110 Mill. Zloty. Bei den Einnahmen entfallen 1024 Mill. Zloty auf die öffentlichen Steuern und Abgaben und 249 Mill. Zloty auf Vermaltungseinnahmen. Die staatlichen Unternehmungen bringen 67 Mill. Zloty ein, davon je 24 Mill. Zloty die Eisenbahnen und die staatlichen Forsten und 16 Mill. Zloty die Post. Die staatlichen Monopole sind mit 630 Mill. Zloty eingeleist. (Salzmonopol 46, Tabakmonopol 330, Streichholzmonopol 173, Staatslotterie 20). 128 Mill. Zloty Einnahme sind aus dem staatlichen Wapensinn veranschlagt. Die ordentlichen Einnahmen betragen also 1111 Mill. Zloty. Der Rest der Ausgaben soll durch außerordentliche Einnahmen gedeckt werden.

Ein polnisches Tannenbergsdenkmal.

Am 28. Oktober ist in Soldau, nahe an der ostpreussischen Grenze, etwa 30 Kilometer von dem deutschen Tannenbergsdenkmal entfernt,

ein Denkmal zu Ehren des polnischen Königs Jagiello eingeweiht worden, der vor über 500 Jahren in der Schlacht bei Cannenberg einen entscheidenden Sieg über den deutschen Ritterorden errang.

Der „Gaz“ stellt sein Erscheinen ein.

Der Krakauer „Gaz“, das Blatt der regierungstreuen Konfessionisten, wird mit dem 1. Dezember endgültig sein Erscheinen einstellen. Schon im letzten Jahrgang war das Blatt, das zu den beliebtesten und trotz seiner linkenden Ausfallgruppel auch zu den maßgebenden Blättern Polens gehört, in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Damals konnte die Einstellung des „Gaz“ noch einmal durch die Zusammenlegung mit dem Warschauer „Dzien Polski“ vermieden werden. Doch konnte der Verleschsmann nicht mehr aufgehalten werden.

Das Stammgut der Pilsudskis.

Das Beispiel, das Deutschland seinerzeit bei der Schenkung Reuders für den Reichspräsidenten v. Hindenburg gegeben hat, steht in Polen nachahmung zu finden. Der Verband der polnischen Regler hat mit dem „Gaz“ berichtet, die Anregung zu einer Aktion gegen die darauf abzielt, das Familiengut des Marschalls Pilsudski, Julowo, von dessen erbigen Besitz zu kaufen und es in seinen alten Zustand von der mehreren Jahrzehnten wiederherzustellen. Die Aktion soll mit dem Tage der Unabhängigkeitsfeier, d. h. am 11. November, eingeleitet werden. Es ist geplant, Julowo dem Marschall an dessen nächstem Namenstage, am 19. März, als Geschenk dazubringen.

Gegen die einseitige Opposition.

Die Polener Universitätsliste ist eine Forderung der Nationaldemokratie. Um deren Einfluß zu brechen, wurden verschiedene einseitige Maßnahmen getroffen. Vor etwa einem halben Jahr wurde das Polener Wojewodschaftskomitee für die Unterstützung der akademischen Jugend „reorganisiert“, d. h. die nationaldemokratischen Mitglieder des Komitees wurden entfernt. Dann wurde der Seelforger der Studenten, der bekannte nationaldemokratische Politiker Pradot Josef Prondzynski, durch einen politisch unerschaffenen Geistlichen ersetzt. Weiter wurde der Kurator des Akademischen Hauses, Prof. Gantkowski, seines Postens entbunden, und ebenso mußte der nationaldemokratische Vorsitzende der „Arbeitsrat“ einem Anhänger der Regierungsbekämpfung weichen. Wegen dieser Vorkommnisse hatten sich die politisch oppositionellen jüdischen Korporationen der Universität geweigert, mit ihren Jahnenabordnungen zur Eröffnungsfeier des Studienjahres zu erscheinen. Diese Weigerung nahm der Rektor der Universität, Prof. Rung, zum Anlaß, um die Tätigkeit sämtlicher Korporationen, mit Ausnahme der vier regierungstreuen, zu suspendieren.

Volksempfänger in Polen.

Am 1. Januar 1934 wurden in Polen 311 300 Rundfunkabonnenten gezählt, somit entfallen auf 1000 Einwohner 9 Rundfunkhörer. Polen steht mit dieser Zahl unter den europäischen Völkern an 12. Stelle, weniger als 9 Völker auf 1000 haben nur noch fünf Staaten: Italien (1), Litauen, Rumänien, Spanien und Südländern. Die überwiegende Mehrheit der polnischen Rundfunkabonnenten haben jedoch noch immer Detektorapparate oder selbstgebaute Compensatoren. Um den Rundfunk zu verbreiten, hat der Polnische Verband der elektrotechnischen Industrie mit dem polnischen Postministerium und dem Radio Polki einen Empfänger beim Staatlichen Institut für Fernsprechwesen bauen lassen, von dem man annimmt, daß er wie der deutsche Volksempfänger einen Massencharakter in Polen finden wird. Es soll ein Empfänger einerlei mit dem Preis weniger als 9 Zloter und von allen polnischen Radiofabriken erzeugt werden und zu einem Einheitspreis von 140 Zloty auch gegen Entlohnung verkauft werden soll.

Neubau in Gdingen statt in Danzig.

Die Haglinie Warschau-Danzig soll demnach in eine Linie Warschau-Gdingen umgewandelt werden. Die polnischen Zivilluftfahrtbehörden haben bekanntgegeben, daß diese Verlegung der Landungshalle nach dem polnischen Ostseebad Gdingen um so bedeutungsvoller sein werde, als im Frühjahr 1935 die Eröffnung der Anflugslinie Gdingen-Malmö geplant sei. Die konventionellen Linien erwidern, wie es in der überhörslichen Erklärung weiter heißt, die Verlegung einer Linie Warschau-Gdingen würde den Balkanländern, wobei sie seit zwei Jahren besetzten Strecken Warschau-Bukarest-Sofia-Solniki den Anschluß nach Süden bilden würde.

Der neue Zolltarifplan.

Im Gebiet der Freien Stadt Danzig wurden am 3. November drei Brücken über die Königsberger und Gdingener Weichsel eingeweiht. Die Brücken verbinden den Kreis Lübenitz und die Richtung einwärts mit dem Kreis Großes Werdar an der Weichsel. Mit der Fertigstellung der Brücken ist ein alter Wunsch der Niederrungs- und Werderbewohner in Erfüllung gegangen. Gaultier Forster konnte bei seiner Weiterreise in Stegen mit Recht darauf hinweisen, daß der Nationalsozialismus nicht nur Worte mache, sondern den Worten auch Taten folgen lasse.

Niefenbetrügereien zugewandelter Hindus in Danzig.

Die Danziger Polizei ist einem groß angelegten Betrugsmanöver schuldlos für Schieber in Danzig auf die Spur gekommen. Am 7. Oktober d. J. führte die Danziger Polizei eine Verhaftung in Salomon Munnas auf dem Danziger „Brake“ 560 000 Kilo Papier, das von drei polnischen Papierfabriken bezogen hatte, angeblich nach Portugal, Brasilien und Hollandisch-Indien aus. Sie hatte dieses Papier zu dem billigen Ausverkaufspreis, der etwa um 50 v. H. niedriger liegt als der Inlandspreis, aufgekauft. Ferner hatte sie auch für diese angebliche Ausfuhr nur die erheblich niedrigeren polnischen Eisenbahntarife bezahlt. Sehr groß war das Erkaufen bei den Danziger Zollstellen, als das Schiff bereits am 15. Oktober wieder bei derollen abfuhr. Die jüdischen Steuerhelfer hatten die „Hilfsfert“, das Papier mit einem Wasserzeichen zu den hohen Inlandspreisen auf dem Danziger Markt abzugeben. Vor einigen Monaten war den Betrügern schon einmal ein solches Manöver mit 90 000 Kilo Papier, das sie gleichfalls „ausgeföhrt“ hatten, gelungen. Jetzt war die Polizei der „geföhlichen Wichtigkeit“, wie man die Betrügereien früher jüdischen Paroxysmen in den Zeiten der Koemmerpolitik wohl genannt hätte, gewachsen.

Frankreich weist wieder Polen aus.

Ende Oktober hat Frankreich erneut 882 polnische Vergleuts-Polen Maßnahmen ergreifen worden seien, die nach dem Vertrag von Genöve und dem Vertrag von Locarno nicht zulässig sind. Man könnte daher leicht meinen, den französischen Unternehmern die Schuld an einer derartigen Behandlung der polnischen Bergarbeiter geben, da die Ausweisung ohne Mitwirkung der französischen Behörden nicht möglich gewesen wäre. Die steigende Zahl der französischen Arbeitslosen könne nicht allein der Grund für dieses Vorgehen sein, sondern es müßten auch noch andere Beweggründe mitspielen. An Polen sei man jedenfalls zunächst überfällig, aber diese Überfälligkeit könne sich sehr leicht in eine lebhaftere Entfaltung verandern. Die Vernichtung der polnischen Vergleutsgerichte Frankreich nicht zum Ruhme.

Ein Schwergewichtsmeister der Sowjetdiplomatie.

Der Krakauer „Jaltownianer Kurier Kobrynian“ befristete sich in einem vier Spalten füllenden Artikel mit dem neuen Sowjetbotschafter in Berlin, einem Meister der revolutionären Arbeit und der politischen Ränke“. Moskau, meint das Blatt, betrachte Berlin als einen seiner wichtigsten außenpolitischen Posten. Deshalb habe es „an Stelle des passiven und schwachen Chienfshuk den besten „Schwergewichtsmeister“, den es in seiner diplomatischen Garnitur überhaupt besitzt, als Botschafter nach Berlin geschickt. Chienfshuk habe überhaupt nicht zum Klan der roten Diplomatie gehört, sondern sei ein Vertreter der mehrschichtlichen „Kreise“ Sowjetrusslands gewesen. Seine Stellung zu Stalin und der „Politbüro“ sei schwach gewesen, und wenn er überhaupt zur Kommunistischen Partei gehört habe, so hätte er in ihr jedenfalls an einer weiten Stelle gestanden und hätte in der Kromi-Kamarilla überhaupt nicht zu sagen gehabt. Seiner beherrschenden persönlichen Stellung entsprechend habe er auch in Berlin nur einen bescheidenen Kreis politischer Aufgaben zu erfüllen gehabt. Diese hätten sich eigentlich nur auf passive Beobachtungen bei Besuchen auf jede Initiative beschränkt. Surich, den nachfolgend Chienfshuk, charakterisiert das polnische Blatt u. a. in folgender Weise: „Im Gegensatz zu seinem Vorgänger sei Surich persönlich ein überzeugter Bolschewik. Unter den an der Spitze der Kommunistischen Partei der Welt stehenden Persönlichkeiten nehme er eine sehr starke Stellung ein. Er gehöre nicht zu dem Typus der Sowjetdiplomaten, denen man einen Schutzhelme in Gestalt eines Agenten der GPU beigebe, denn er behüte sich selbst und habe, ehe er in den diplomatischen Dienst eingetreten sei, einige Zeit in der damaligen Tscheka herangezogen gearbeitet und den Beweis geliefert, daß er auch auf diesem Instrument zu spielen verstehe. Die längste Zeit seiner politischen Tätigkeit habe Surich in der türkischen Hauptstadt verbracht, wo er nicht nur Botschafter bei der Regierung Kemal Paschas gewesen sei, sondern seine Vollmacht habe die ganze mohammedanische Welt umfaßt, in erster Linie alle unabhängigen arabischen Staaten. Ferner habe er auch die mohammedanische Bewegung in Indien. Auf diesem scheinbar beherrschenden, in Wirklichkeit iberas wichtigen Posten habe Surich über 10 Jahre gearbeitet und dabei ungenöhsliche Calente entwickelt. In manchen sehr unwarteter und sensationeller Weise habe er die englischen Pläne in Daghda, Moskau und Jogar in Kairo durchkreuzt, Kurlich von Vittorio nach Moskau berufen, habe Surich dort Bemehle seiner hohen Kunst gegeben und in kurzer Zeit die sowjetrussisch-bulgarischen Beziehungen ausgelassen sowie bei der Regelung der Beziehungen zu Rumänien herangezogen mitgewirkt. Kurz, auf dem Berliner Posten habe sich ein — für die „Kraaker“ „Kurier“ — „starkfrager und geschickter Mann“, der in jedem Augenblick bereit sei, die Befehle des Sowjetpolizei in jeder Hinsicht auszufragen werde.

Polens Botschafter in der Welt.

Nach der Umgestaltung der deutschen und polnischen Gesandtschaften in Berlin und Warschau in Botschaften ist die Feststellung interessant, in welchen Staaten Polen bereits Botschaften besitzt. Der erste Austausch von Botschaften erfolgte im November 1924 zwischen Frankreich und Polen, auf Antrag des damaligen

französischen Ministerpräsidenten und Außenministers Poincaré und des damaligen polnischen Außenministers Skrzynski. Gleichzeitig erklärte sich der Papst damit einverstanden, daß die polnische Gesandtschaft im Vatikan in eine Botschaft umgewandelt wird. Die dritte polnische Botschaft wurde auf Antrag Mussolinis im Juli 1929 beim Quirinalpalast gebildet. Im November 1929 erfolgte der Austausch von Botschaften mit England. Am März 1930 wurde die vierte polnische Botschaft in der Schweiz in Genöve in eine Botschaft umgewandelt. Im Jahre 1931 erfolgte in Warschau eine Botschaft in der Türkei. Im Jahre 1934 schließlich wurden die beiden letzten Botschaften gegründet, und zwar im April in Moskau und jetzt in Berlin.

Die acht polnischen Botschaften (einschließlich der Vatikan) werden von folgenden Botschaftern geleitet: in Paris Alfred Chlapowski (seit 1924), beim Vatikan Graf Wladyslaw Skrzynski (seit 1924), beim Quirinalpalast Alfred Wjasko (seit 1933), in Washington Stanislaw Paterek (seit 1933), in der Türkei Graf Jerry Polack (seit 1933), in Moskau Julius Kozakowski (seit April 1934), in London Graf Edward Raczyński (seit einigen Tagen) und schließlich in Berlin am bisherigen Gesandten Josef Lipiski.

Zwei polnische Botschafter sind auf ihrem Posten gestorben: im Jahre 1932 der Botschafter beim Quirinal Graf Stefan Przejdzicki und im Jahre 1933 der Botschafter in der Türkei Kazimierz Oljowski. Zwei ehemalige Botschafter leben im Ruhestand, und zwar der ehemalige Botschafter in London, Kurt Konstantin Skirmunt, und der ehemalige Botschafter in Washington, Elms Sillipowicz.

Erste polnische Gesandter in Berlin war Szebeko, zmeier Graf Wjasko. Seit 1922 bis 1928 war der verstorbenen Kazimierz Oljowski Gesandter in Berlin, von 1928 bis 1931 Roman Lipiski. Dann zwei Jahre lang Alfred Wjasko, Lipiski ist also der letzte polnische Gesandte und der erste polnische Botschafter in Berlin.

Der Pakt der baltischen Staaten.

Am 3. November wurden in Riga die Ratifikationsurkunden des Vertrages über die Verteidigung und Zusammenarbeit zwischen Estland, Lettland und Litauen vollzogen. In diesem Vertrag sind u. a. regelmäßige Konferenzen der Außenminister der drei Staaten vorgesehen. Die erste derartige Konferenz wird im November in Riga stattfinden. Das östliche Mitteleuropa muß also jetzt drei Staatengruppen auf, die vertraglich vereinbart haben, in außerpolitischen Angelegenheiten gemeinsam aufzutreten: Im Nordosten sind dies: Estland-Lettland-Litauen, im Donauraum die Tschechoslowakei-Rumänien-Südflawien und auf dem Balkan Rumänien-Südflawien-Griechenland-Türkei.

Deutsche Filme in Prag.

Das Blatt der tschechischen „Agrarier“, „Beck“, beklagt sich darüber, daß es in den Prager Kinos „heime keine andere Filme mehr zu sehen bekomme als deutsche“. Das Blatt beruft sich hierbei auf eine vom „Easky Silmow Sprawodni“ („Schiedsrichter Silberlicht“) abgedruckte Statistik: Demnach sind im Monat September d. J. in Prag 19 Filme aufgeführt worden. Davon waren 2 in tschechischer, 10 in deutscher, 3 in englischer und französischer und 1 in russischer Sprache. Auf tschechisch gefprochene Filme fielen 10 Spielstunden, auf deutsch gefprochene Filme 36 Wochen, auf englisch und französisch gefprochene Filme je 7 Wochen und auf russisch gefprochene Filme 2 Wochen. „Das sind“, meint das Agrarierblatt, „in der Tat für Prag und unsere Silmunternehmungen erschütternde Erfolge“. Es sei nur zu begrüßen, daß man jetzt in den tschechischen Silmateliers daran geht, fremdsprachige Filme tschechisch zu besprechen.

Studenten an die Offfront!

Die Deutsche Studentenschaft hat sich noch einmal mit einem Aufruf an die akademische Jugend gewandt: „Die besonderen Aufgaben der studentischen Jugend (heißt es darin) liegen im deutschen Osten. Dort allein wird nach dem Willen unseres Führers das Schicksal des deutschen Volkes seine entscheidende Wendung erhalten. Eigenmüllige und positive Kräfte haben ihre Aufbauarbeit im Osten des Vaterlandes begonnen. An uns liegt es, diese Arbeit weiter zu tragen. Breslau und Danzig, die all ihren Arzten und Fremden „Brotkasten und Kulturstätten“ umgeben, bedürfen unserer besonderen Einfühsen. Deshalb ruft die Deutsche Studentenschaft zum 11. Offemmer diesmal besonders an die Universität und Technische Hochschule Breslau und die Technische Hochschule Danzig auf: „Aktivisten an die deutsche Offfront nach Breslau und Danzig!“

Studenten, die in Breslau oder Danzig studieren, haben folgendes zu beachten: Die Studierenden, die am Offemmer an den Breslauer Hochschule (Universität und Technische Hochschule) im Wintersemester 1934/35 teilnehmen, erhalten außer der üblichen Jahrespreisermäßigung der Reichsbank von 50 v. H. eine weitere Preisermäßigung von 25 v. H. Seitens der Breslauer Studentenschaft vom 25. v. H., wenn ihr Heimort über 200 Kilometer von Breslau entfernt ist. Meldungen für das Offemmer sind umgehend an die Studentenschaft Breslau, Annengasse 10, zu richten. — Die Ueberweisung der zum Lebensunterhalt in Danzig notwendigen Beträge machen keine Schwierigkeiten mehr, da sie bis zu 160 Mark für den Monat durch freie Ueberweisung im Inlandsverkehr an die Deutsche Bank und Kontogewaltigung, Postpostenkonto P 3 (Postpostenkonto Berlin 137 325), Berlin W 15, Kurfließenbank 217, auf das Konto der Gesellschaft von Freunden der Danziger Hochschule geföhrt.

Paul will diktieren.

Der Senator Dr. Paul, der zugleich Leiter der Deutschen Christlichen (früher Katholischen) Volkspartei und des Verbandes deutscher Katholiken in Polen ist, versucht in seinem Bereiche ein diktatorisches Regiment zu führen. Doch sieht dieser nach Wien orientierte, reichsfeindliche Klerikale, der in seiner Wochenchrift „Der Deutsche in Polen“ eine niederträchtige Verleumdungspropaganda gegen den Rationalismus betreibt, offenbar auch in den Kreisen seiner bisherigen Anhänger auf einen tiefen Widerstand zu rechnen. Diesen glaubte Paul offenbar dadurch überwinden zu können, daß er vor kurzem die „Wochenchrift“ des bekannten Persönlichkeits des katholischen „Vorwärts“ in Polen, unter ihnen den Dombherrn Paech, aus dem Verband der deutschen Katholiken verfügte. Dieser Ausschluß wurde von vier Mitgliedern des 22 Mitglieder umfassenden Hauptvorstandes des Verbandes beschlossen. Die Rechtmäßigkeit dieser Maßnahme ist zum mindesten zweifelhaft. Paul glaubte jedoch diesem diktatorischen Weg wählen zu müssen, weil er befürchtete, auf andere Weise der starken Opposition, die sich innerhalb des Verbandes immer deutlicher gegen seinen reichsfeindlichen politischen Klerikalismus Wiener Prägung erhebt, kaum noch Herr zu werden. Von der Opposition wird der Ausschluß des Dombherrn Paech und der anderen katholischen Hauptamtsleiter als nicht zu Recht bestehend betrachtet. Und Paul hat vor der Opposition den Rückzug antreten müssen. Im Dezember soll die diesjährige förmliche Hauptversammlung des Verbandes stattfinden, die Paul bisher gefesselt hinausgeschickt hatte, um den Verband vorher erst noch in seinem Sinne von volksbewußten katholischen Hauptamtsleitern zu „säubern“. Die Einberufung der Hauptversammlung wurde von zehn Hauptortsdarstellungsmittgliedern aus Polen, „Pommerellen und Ostpreußen“ unter Berufung auf die Satzung des Verbandes gefordert. In dem an Paul gerichteten Schreiben heißt es u. a.: „Wir begehren die in unserer Satzung mit ihrer zugehörigen Rotmündigkeit festgesetzte Forderung, daß die Mehrheit des Vorstandes.“ Daß eine solche Rotmündigkeit besteht, ist nicht

zu bezweifeln. Paul ist durch seine verhassten und erbällige Feindschaft gegen Rationalismus und damit gegen das Reich als Deutschlands Führer in Polen unmöglich geworden. Es ist zu hoffen, daß jetzt mit den destruktiven Elementen, die sich um Paul gesammelt haben, endlich und radikal Schluß gemacht wird.

Es ist sehr zu bedauern, die Person des Senators Paul aus der berechtigten Atmosphäre, die sich um sie gebildet hat, herauszubringen und die Sache lo zu bringen, als sei Paul ja „gar nicht so schlimm“, wie es aussieht. Er ist nur von Leuten umgeben (wie vor allem von dem ehemaligen Chefredakteur des „Oberösterreichischen Kurier“, M. G. v. Hoffmann), die sich anmaßlich erlauben, der Paul in ein schlechtes Licht gebracht hätten. Mager hing leinereit wegen seiner Offen zur Schau getragenen Feindschaft gegen Deutschland aus der Schriftleitung des „Oberösterreichischen Kurier“, der sich von der Paulschen Christlichen Volkspartei löste, hinaus. Ein merkwürdiger Zufall wollte es, daß er gerade in denselben Tagen den — päpstlichen Segen erhielt. Möglich, daß Mager in der Propaganda für eine fittler feindselige klerikale Politik aktiver und besorgter ist — was sich ziemlich daraus erklärt, daß ihm ein hoher Posten als zenträmlicher Staatsbeamter im Reich, auf den er gehofft hatte, durch die politische Entwicklung in die Dingen gegangen ist. Das kann aber für die politische Tätigkeit des Senators Paul kein Entschuldigendes oder Entschuldigung sein. Paul ist die Seele des in Wien gegründeten „Christlichen Kuriers“ in der Volkspartei wie im Katholikenverband. Er deckt mit seinem Namen alles, was sich Mager und ähnlich eingestellte Leute aus seiner Umgebung leisten. Er ist der Verantwortliche für die Haltung des Hebrilates „Der Deutsche in Polen“, dessen Inhalt selbst nach dem Urteil von Systemleuten, die Wert auf die Festhaltung legen, daß sie keine Rationalisten sind, eine fortgesetzte Beleidigung der volksbewußten Deutschen in Polen darstellt. Paul ist untragbar. Die bevorstehende Hauptversammlung des Verbandes deutscher Katholiken wird für ihn eine Maßprobe sein.

Die Carnowiger Knappschaft in Not.

Die Knappschaft in Carnowitz ist in schwere finanzielle Not geraten. Mit dem letzten Aufschwung der oberösterreichischen Wirtschaft in den letzten Vorkriegsjahren erlebte auch der oberösterreichische Knappschaftsverein eine rasche Aufwärtsentwicklung. Er zählt mit über 100 000 Mitglieder. Die Einnahmen aus den Beiträgen zur Pensions- und Krankenversicherung an die reichsfeindliche Knappschaftsbücker und andere Einrichtungen wurden geschaffen. Dabei konnten immer noch große Geldreserven aufgehoben werden. Aus diesen verfügbaren Mitteln hat der Knappschaftsverein in den Jahren 1904 bis 1921 Anleihen aller Art in Höhe von über 20,3 Millionen Goldmark vergeben. Jumeit hat es sich um langfristige Anleihen gehandelt. Die Schuldner hatten es bis zur Inflation mit der Rückzahlung nicht eilig. Sie zahlten dann in entwertetem Gelde zurück. Die 20,3 Mill. Goldmark, die der Knappschaftsverein an Anleihen vergeben hat, sind ihm auf 3,5 Mill. Sloty aufgewertet worden. Auf Grund eines Entschlusses des Völkerverbandes haben die Schuldner jetzt insgesamt 3,75 Mill. Sloty zurückzahlen.

Die größten Schuldner sind Kattowitz (mit 7,5 Mill. Goldmark), Neukölln (mit 2,99 Mill. Goldmark), die Knappschaftsberufungsgesellschaft mit 1,175 Mill. Goldmark und Hindenburg mit 1,1 Mill. Goldmark. Die Schuldner sind: Kattowitz, die Kommunen Gleze, Bonn, Deutsch-Wittenberg, Rathenow, Lubitz, Darßowitz, Lipine, Schrey, Dirschau, Olitz, Rybnik, Carnowitz, Königshütte ufo. Jome die Kattowitzer AG, die Deutscher St.-Marien-Pfardie, Stiefes Erben u. a. m. Auf die Schuldner in Deutschland entfallen 9,135 Mill. Goldmark Anleihen, von denen 1,985 Mill. Sloty zurückzahlen sind. Die Anleihen, die von Kommunen und sonstigen Schuldner in heutigen Polen aufgenommen worden sind, belaufen sich auf 10,405 Mill. Goldmark. Davon sind 1,650 Mill. Goldmark auf 1,98 Mill. Sloty aufgewertet worden. Von den übrigen 9,355 Mill. Goldmark, deren Aufwertung noch schwebt, sind über erst etwa 19 000 Sloty zurückgezahlt worden. Der Knappschaftsverein hat also den meisten Teil seines Vermögens verloren. Er will sich, wie es heißt, mit dem vom Völkerverband gefällten Aufwertungsentcheid nicht zufrieden geben und weitere Rechtswege beschreiten. Der Vermögensverlust fällt für den Knappschaftsverein um so schwerer ins Gewicht, als er auf der einen Seite einen großen Teil seiner Mitglieder verloren hat, auf der anderen Seite aber seine Verpflichtungen ständig gestiegen sind. Heute stehen 46 000 beitragszahlenden Mitgliedern 37 000 zu unterliegenden Rentner gegenüber. Ein Rentenbetrag erhält j. J. jährlich etwa 250 Sloty; ein solcher Zahlbetrag beträgt über ein etwa 250 Sloty Beitrag. Die Rentner, die die Geldentwertung ohnehin zum großen Teil verloren sind, sind bei einem derzeitigen Mißverhältnis von Einnahmen und Ausgaben naturgemäß rasch aufgebracht worden. Die Folge ist, daß der Knappschaftsverein gemungen sein wird, seine Leistungen stark einzufürücken und seine Beiträge, die die höchsten in den verfallenden Anbuhlrländern Europas sind, noch weiter zu steigern.

Der Kompensationsverkehr.

Die polnischen Wirtschaftskreise scheinen mit dem Kompensationsabkommen mit Deutschland nicht zufrieden zu sein. Vor allem die Holzexporter haben mehr von dem Vertrage erarmet. Sie hatten, wie die in Danzig erscheinende Zeitschrift „Der Holzexport“ ausführt, gehofft, daß der Vertrag, die in Deutschland infolge der Unmöglichkeit, den Holz zu erhalten, eingeführten Holz, mit sich gekommen und ihre Ausfuhr nach Deutschland in größerem Umfang steigern zu können. Über die Aufhebung der in Deutschland festgelegten, aus diesjährigen Lieferungen stammenden Beträge ist, wie im „Holzexport“ festgesetzt wird, noch keine Vereinbarung getroffen worden, und auch die Möglichkeit einer vermehrten Holzausfuhr sei nur gering, da von den 25 Mill. Sloty, für die nach dem Abkommen polnische Waren nach Deutschland im Kompensationswege ausgeführt werden können, nur 9 Mill. Sloty für den Holzexport vorgesehen seien. Das Blatt weist darauf hin, daß in früheren Jahren eine einige größere Holzexporter einen größeren Umfange auszuführen, als diesen Betrag. Dabei sei es noch fraglich, ob diese im Abkommen vorgesehene Quote auch voll ausgenutzt werden könne. Nach dem vereinbarten Verrechnungsmodus kann es allerdings vorkommen, daß das nicht der Fall sein wird. Denn die Polnische Gesellschaft für Kompensationshandel wird eine volle Ausnutzung der an sich vorgesehenen Exportquoten nur dann zulassen können, wenn von polnischen Importeuren für Bezahlung deutscher Waren Beträge in entsprechender Höhe bei ihr eingezahlt worden sind. Wenn also nicht für 25 Mill. Sloty Waren aus Deutschland nach Polen eingeführt werden, ist natürlich auch nicht möglich, daß die polnischen Waren in voller Höhe des im Abkommen vorgesehenen Wertes nach Deutschland eingeführt werden. In den polnischen Holzexporterkreisen aber scheint man an der Aufnahmefähigkeit und -möglichkeit des polnischen Marktes für die im Abkommen festgelegten Kontingente für deutsche Erzeugnisse zu zweifeln.

Gewisse Schwierigkeiten für die Durchführung des Kompensationsabkommens ergeben sich auch daraus, daß der deutsche Export nach Polen zeitlich nicht immer mit dem polnischen Export nach Deutschland zusammenfällt. Dr. Kuikowski, der Präsident der Polnischen Gesellschaft für Kompensationshandel, weist in einem Artikel, der in den „Preussischen Neuesten Nachrichten“ erschienen ist, darauf hin, daß der polnische Export der Waren, die im Abkommen vorgesehen sind, in der Regel Bezahlung erfordert, während der Import aus Deutschland gleichmäßig während der ganzen Dauer des Abkommens stattfinden kann, wobei es sich in der Mehrzahl der Fälle um Waren handelt, die gemächlich auf kürzeren oder längeren Kredit verkauft werden. Es könnte also der Fall eintreten, daß der polnische Exporteur zu lange auf den Eingang des Gegenwertes für die verschickten Waren warten muß. Ein solcher Sachverhalt könnte offensichtlich zu einer Unlust bei den Exporteuren führen und sich negativ auf den Umfang der vorgesehenen Transaktionen auswirken. Dieser Sachverhalt ist aus demselben Grunde auch zu vermeiden, wenn die polnischen Kompensationsgesellschaft in Warschau und Danzig notwendig, die sich mit der Finanzierung der Transaktionen beschäftigen und auf diese Weise die Zeitpunkt der Warenverföderung und der Warenbezahlung näher aneinander heranzubringen.

Der deutsch-polnische Touristenverkehr.

Einen organisierten deutsch-polnischen Touristenverkehr gibt es erst seit diesem Jahre. Zwar sind schon vor dem Kriege die Besätknisse und die Höhe der Reise für die Oberbesiedelten beliebte Touristenziele gewesen. Aber diese Gebiete gehörten damals noch zur polnischen Monarchie, und nach dem Kriege brachten die politischen Verhältnisse den deutschen Ausflugs- und Reiseverkehr auch in diese Grenzlandschaften, die zu den schönsten Landschaften des heutigen Polens gehören, so gut wie völlig zum Erliegen. Es bedurfte erst der durch Adolf Hitler herbeigeführten politischen Entspannung, der die außenpolitischen Tendenzen des Diktatorregimes entgegenkamen, um die Aufnahme eines Touristenverkehrs zwischen Deutschland und Polen in größerem Umfang möglich zu machen. Die Erfolge, die im Laufe der Sommerferien 1934 auf diesem Gebiete erzielt worden sind, haben die Bemühungen der polnischen bzw. mitteleuropäischen Stellen durchaus gelohnt. In einer Rundschreiben vom 2. u. 3. W. Daumann über die deutsch-polnische Touristik heißt es u. a.:

Die Geburtsstunde der deutschen Touristik nach Polen ist in den Oberbesiedelten. Die Initiative hierzu übernahm der eigens zum Zwecke der Förderung dieser gegenseitigen Touristik gegründete „Oberbesiedeltes Werdienst“. Als erste Fahrt wurde ein Massenausflug zum Besuch Krakaus und des Salzgbergwerkes Bielitzka organisiert. Wie sehr das Interesse für eine derartige Fahrt nach Polen vorhanden war, bewies die Rekordzahl von 1200 Teilnehmern. Weitere Fahrten folgten nach Krakau, Schenstochau, Zakopane, Warschau und in die Besiedelten. Von Polen nach Deutschland fuhr dann der erste Sonderzug mit 740 Teilnehmern nach dem 6. Juni 1934 aus Krakau nach Berlin. Die Auszahl der Teilnehmer wurde ganz besonders getroffen, um in diesem ersten Zug nach der Hauptstadt des Dritten Reiches einen Repräsentationszug der gesamten polnischen Nation zu bieten. Aus allen Teilgebieten Polens waren Teilnehmer herangezogen. Im Juli 1934 durchquerte dann der sogenannte polnische „Europazug“ Deutschland und nahm einen eintägigen Aufenthalt in der Reichshauptstadt. Wieder besuchten 780 Polen in der Zeit vom 2. bis 6. August gleichfalls Berlin. Die Fahrt nahm Ausgang von Warschau und überquerte die deutsch-polnische Grenze in Benschen. Die deutsch-polnische Annäherung auf diesem Gebiete

beruhte dann auch, daß die Pilgerfahrten aus Deutschland nach Polen und umgekehrt ein nie dagewesenes Ausmaß annahm. Am 14. Oktober 1934 polsterten etwa 2000 polnische Staatsangehörige Deutchen OS, zu einem fünf-tägigen Besuch von Breslau und Krakau.

Reben diesen Massenausflügen sind noch einige kleinere Gesellschaftsfahrten von 50 bis 100 Personen zu erwähnen, die sich zum größten Teil aus Journalisten und Studiengesellschaften zusammensetzten. Während die Teilnehmer der Fahrten aus Polen nach Deutschland sich aus allen Gebieten Polens zusammensetzten, teilte Weltberühmtheiten das weitaus größte Kontingent von Teilnehmern an den Sonderfahrten nach Polen. Reben Oberbesiedelten ist noch Oppressen zu erwähnen, das zum Fußball-Förderklub 4000 Teilnehmer auf einen Tag nach Warschau entsandte.

In einer am 2. Mai d. J. abgehaltenen Besprechung zwischen den deutschen und polnischen lokalen Amtsstellen wurde für den deutsch-polnischen Touristenverkehr das Prinzip der Gegenseitigkeit auf Grund der Touristenlage, nicht aber auf Grund der Anzahl der einzelnen Fahrten festgelegt. In der Zeit vom 6. April bis 15. Oktober 1934 ergibt sich für die deutsche Seite ein Touristenkontingent von 12705 Tagen gegenüber einem polnischen von 18420 Tagen. Unter Zugrundelegung der verkehrsartigen valutarischen Verhältnisse in den beiden Ländern ist bei Verzinsung auf Reichsmark ein Verbrauch von 37472 RM in Deutschland und 28580 RM in Polen für die oben bezeichnete Zeit anzunehmen. Die Angaben stimmen mit denen ungefähr überein, die kürzlich in Krakau „Kultur“, Kur-, Geb., veröffentlicht wurden. Die vorstehenden Zahlen beweisen, daß bilanzmäßig die deutsche Seite im Vorteil ist. Die Verstärkung der Reiseleitung für Reisen ins Ausland mehr und mehr eingeschränkt werden mußte. Dies hatte zur Folge, daß die Fahrten ins Ausland mehr und mehr zeitlich beschränkt wurden. Die heute gültige Freizone von zehn Mark pro Person und Monat läßt überhaupt nur noch kurze Tagesausflüge in die nächstbenachbarten Grenzgebiete zu.

Buchbesprechungen.

Gefesseltes Volk. Der Kampf der Sudetenbesiedelten. Von Rudolf Slicher. Verlag Grenz und Ausland, Berlin und Stuttgart 1934. 64 Seiten. — Diese Schrift behandelt nicht, wie es meist der Fall ist, die materialen Wirkungen, sondern die psychologischen Ursachen des Kampfes zwischen Deutschum und tschechischem. Es prägt auf der einen Seite die tschechen als Instrument des Verfälscher Systems, als die Unterdrückter, die selbst unter Druck stehen, und auf der anderen Seite die Sudetenbesiedelten, die an ihrer österreichischen Vergangenheit, an ihrer Überfälligkeit mit literarischen Dogmatikern, Partei-funktionären und „Loyalisten“ kranken, die durch ihr widerliches Verhalten als Einzelpersonen oder als Interessentengruppen glauben dem Schicksal entgegen zu können, das das tschechentum dem gesamten Deutschum „ines“ Staates zugebracht hat. Die Uneinigkeit der Sudetenbesiedelten, die verhängnisvolle Ideologie der sogenannten Minderheitenpolitiker, das Selbsthalten an veralteten Kampfmethoden, die Flucht aus der Politik haben die Deutschen, die die wirtschaftlichen Träger des Staates und die Schöpfer all dessen sind, was die tschechen an Kultur besitzen, zu nahezu wretched Opfer des tschechischen Gegners gemacht. Wenn ein tschechischer Politiker sagen konnte: „100 deutsche Sozialdemokraten sind mir lieber als 1000 tschechische Gewandern“, dann ist damit die wesentlichste Schwäche der Sudetenbesiedelten Stellung eindeutig gekennzeichnet. Die Stärke der tschechen ist die Uneinigkeit auf deutscher Seite. Jedes Volk hat seine Uneinigkeit, die nicht nur in der tschechoslowakische selber zu Hause sind, zu benennen. Dr. R.

Dichter werden für das Auslandsdeutschum. Eine unermühtlich im Ausland und in übersee für Deutschland wirkende Maria Rahlie bringt bei Stalling, Oldenburg, ein Bündchen: „Deutsches Volk in der Fremde“, in dem sie das Schicksal derer, die hinausgehen, auch „gen Osten“, knapp und lebhaft umreißt, aus dem Gemeinen zugleich die Aufgabe des Künstlers weisend. „Am Leben des Auslandsdeutschums haben nicht Maße noch Zahl über volksdeutsches Schicksal entschieden.“ Und Rot spendet Kraft. Das ist die Lösung, unter der sich das Kommende formen muß. — Im gleichen Verlag (ebenfalls in den „Schriften an die Nation“, Preis je 1 RM.) gibt Otto Bremer von C. u. b. zwei Novellen: „Was ist für ein Leben“, packende geschichtliche Schilderungen, die tiefen Einblick vermitteln in das Wesen jener Menschen auf äußerem nordöstlichen Vorposten. Dr. E.

Ein neues Buch von August Winnig. Wir haben immer wieder auf die ausgezeichneten Schriften dieses Mannes hingewiesen, der den Weg von der Sozialdemokratie über Allsozialismus und andere politische Versuche zum Dritten Reich und zur Weibung des Nationalsozialismus fand, und der als Oberpräsident Oppressen in kritischer Zeit dem Deutschum des Ostens wertvollste Dienste erwiesen hat.

sein Buch: „Wir hüten das Feuer“ (Hamburg, Hanseatische Verlagsanstalt; 5,80 RM.) stellt Zuseher und Roben Winnig aus dem Jahrgang 1923/24 zusammen. „Alle Geschichte ist Geschichte der Gemeinschaft. Die Gemeinschaft ist persönlich nach Selbst und Form. Und sie ist unzerstörlich an sich. Sie ist unzerstörlich als geschichtlich wirkende Kraft.“ Von diesem, im August 1924 niedergeschriebenen Sätzen aus prägte Winnig seine wahrhaft nationalen und sozialistischen Weisungen, die in den Worten vom 21. März 1933 gipfeln: „Preußen eroberte das Reich. Der preussische Geist wurde der Geist der Deutschen. Wie ist Deutschland so präussisch gewesen wie heute.“ — Es lohnt sich sehr, der starken Bewusstheit dieses Kämpfers zu folgen. Dr. C.

Wiesler Frögemann. Novelle von Frieda S. Krage. Verlag C. Bertelsmann, Gütersloh, 1934. 128 Seiten. 1,50 RM. — Die Geschichte vom Wilschneider Bräutigam und seiner Ehefrau, von der weisen Wiebe und dem Rostföhrer Anselm erzählt die ökonomische Schriftstellerin in einem Stil, der der Zeit des beginnenden Überwertums und den Menschen der grauen Stadt am Meere gut angepaßt ist.

Familiennachrichten.

Berthelme: Gumbert Hugo R. 2. in Rastowen (Kreis Reutlingen) am 21. 11. 34. — 15. ein früherer Wollwaren-Steinbrennermeister. Frau Gumbert geb. Dreifisch, Ehefrau des verstorbenen Gewerbetreibenden-Wollbrennermeisters Guido in Götting, Rastowen, am 4. 10. 79. 3.

Silberne Hochzeit: Heiratungsfeier am 8. Max Hein und Frau Betta geb. Heiserl in Berlin-Wilmersdorf, Wilmersdorf 17. 9. 1911, am 6. 11. — Rollenleiterin Frau M. M. (früher Hagenbach), Güterlin und Augustin) und Frau Hein geb. Frau, Berlin, Friedebühne 2, am 27. 2. 34. 24.

Silbernes Hochzeit: Heiratungsfeier am 8. Reinhold Böttcher in Berlin-Wilmersdorf, am 27. 8. 1914, 64. 3. 2. — 2. über 35 Jahre Reichsanwaltschaftsamt in Rastowen in Göttingen und von 1917 die Jahre in Göttingen auf dem Rastowenamt tätig.

Ischias-, Gicht- und Rheumalmsmuskranken

teile ich gern **kostenfrei** mit, wie ich vor Jahren von meinem Ischias- und Rheumalmsmuskranken in ganz kurzer Zeit befreit wurde.

August Bastian, Rentier, Stahnsdorf 69, Kreis Teltow, Bergstraße 9.

Wer leiht einem geschäftlichen Landsmann 200-250 RM gegen feste Sicherheit u. Zinsen bis zum 15. 7. 35? Suche auf dem gleichen Wege eine **Wirtshausleiterin** mit etwas Köchennistellen gewechselt. Offerten mit Bild unter Nr. 3149 an das „Lichtland“ erbeten.

Schriftchen gehen mit der Zeit — drum gebe mit der Seilschaft.